



www.laender-analysen.de/ukraine

DIE UKRAINE NACH DEM EU-GIPFEL IN VILNIUS

■ ANALYSE	
Die Ukraine nach dem EU-Gipfel in Vilnius: Nichtunterzeichnung des Assoziierungsabkommens, Polizeigewalt und Radikalisierung der Massenproteste	2
Katerina Malygina, Bremen	
■ KOMMENTAR	
Warum nicht in der Ukraine?	8
Dmytro Potekhin, Kiew	
■ DOKUMENTATION	
Stellungnahmen der EU und Russlands zum Abbruch der Verhandlungen über das Assoziationsabkommen zwischen der Ukraine und der EU	10
■ PRESSESTIMMEN	
Zum überraschenden Abbruch der Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen zwischen EU und Ukraine am 21.11.	11
Zu Massenprotesten und gewaltsamen Ausschreitungen in Kiew	12
■ UMFRAGE	
Zum Russisch-Ukrainischen Verhältnis aus Sicht der russischen Bevölkerung	14
Die Protestierenden auf dem Maidan	16
<hr/>	
■ CHRONIK	
Vom 25. November bis zum 11. Dezember 2013	21

Die nächste Ausgabe der Ukraine-Analysen erscheint nach der Weihnachtspause am 28. Januar 2014. Die Redaktion der Ukraine-Analysen wünscht ihren Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes und gesundes Jahr 2014.



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Die Ukraine-Analysen
werden unterstützt von

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Die Ukraine nach dem EU-Gipfel in Vilnius: Nichtunterzeichnung des Assoziierungsabkommens, Polizeigewalt und Radikalisierung der Massenproteste

Katerina Malygina, Bremen

Zusammenfassung

Am 21. November beschloss die ukrainische Regierung, die Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen mit der EU auszusetzen. In der ganzen Ukraine begannen sofort Massenkundgebungen zur Unterstützung der europäischen Integration. Während der letzten zwei Wochen haben sich die Ziele der Proteste aber dramatisch verändert. Auf den »EuroMaidans« wird nicht nur die Rückkehr zur proeuropäischen Außenpolitik gefordert, sondern auch der Rücktritt der Regierung und die Amtsenthebung des Präsidenten. Nach dem 30. November radikalisierten sich die Massenproteste, als die Polizei eine pro-europäische Demonstration gewaltsam auflöste. Sofort wurde der Ukraine ein Schicksal von Jugoslawien oder Belarus prophezeit. Aber heute ist es absehbar, dass sich die Ereignisse in der Ukraine auf ihre eigene Weise entwickeln werden.

Stimmungsänderung: vom »Euromaidan« zur »Eurorevolution«

Die Stimmungsänderung auf dem EuroMaidan ist sehr auffällig. Noch vor dem Gipfel in Vilnius waren die Proteste hauptsächlich unpolitisch und die Demonstranten forderten von Janukowytsch nur die Unterzeichnung eines EU-Abkommens. So duldeten zum Beispiel die Studenten am 26. November keine Politiker, einschließlich des Box-Weltmeisters und heutigen Oppositionsführers Witalij Klitschko, bei ihrer eigenen Kundgebung. An einem gewissen Punkt gab es sogar zwei Zentren der Proteste – ein unpolitischer auf dem Platz der Unabhängigkeit und ein politischer auf dem Europa-Platz. Gleichwohl wurden die beiden EuroMaidans am 27. November zu einem verschmolzen und es wurde beschlossen, die Proteste ohne Parteisymbole durchzuführen.

Nach Polizeigewalt gegen Demonstranten in den frühen Morgenstunden am 30. November radikalisierten sich die Proteste. Die Auflösung war extrem brutal: Die Polizei-Sondereinheit Berkut schlug alle, einschließlich Frauen und Passanten, mit Knüppeln. Mehreren hundert Demonstranten gelang es, der Verfolgung durch Flucht ins St. Michaelskloster zu entkommen. Laut der Initiativgruppe EuroMaidanSOS waren 157 Personen betroffen, laut der Generalstaatsanwaltschaft nur 79. Früh am 30. November erklärte ein Abgeordneter aus der Partei der Regionen, dass die Demonstranten die Aufstellung eines Weihnachtsbaumes auf dem Maidan der Unabhängigkeit behindert hätten. Anschließend wurde der Weihnachtsbaum im Volksmund als »blutig« bezeichnet und später mit Nationalflaggen geschmückt.

Die Gewaltanwendung löste eine Welle der Wut aus und die Proteste schöpften neue Kraft. Am 1. Dezember kamen ca. 350.000 bis 500.000 Menschen auf die Straße. Die Opposition forderte den Rücktritt der Regierung, die Amtsenthebung des Präsidenten und die vorzeitige Auf-

lösung des Parlaments. Einige Demonstranten begannen zur Revolution aufzurufen. Jedoch ist die Mehrheit für die Fortsetzung der friedlichen Demonstrationen. Allerdings haben regierungskritische Demonstranten in Kiew eine Lenin-Statue gestürzt. In sozialen Netzwerken sind die Aufrufe zum Boykott ukrainischer Unternehmen zu hören, die Abgeordneten aus der Partei der Regionen gehören. Darüber hinaus wurde für eine Online-Petition zu persönlichen Sanktionen gegen den ukrainischen Präsidenten auf der Internetseite des US-amerikanischen Weißen Hauses in nur vier Tagen die notwendige Zahl der Unterzeichner von 100.000 erreicht.

Am 1. Dezember gab es einen weiteren blutigen Zwischenfall. Eine organisierte Gruppe von jungen Männern in Masken versuchte, die Präsidialverwaltung mit einem Bulldozer zu stürmen. Dabei leisteten die jungen Soldaten, die in den ersten Reihen vor der Spezialeinheit Berkut standen, zunächst keinen Widerstand gegen die Angriffe der Demonstranten. Die Konfrontation dauerte drei Stunden und endete mit der Niederschlagung durch die Spezialeinheit Berkut. Von insgesamt 165 Verletzten wurden 109 Menschen ins Krankenhaus eingeliefert. Unter den Opfern waren mehr als 100 Polizeibeamte, etwa 40 Journalisten und Demonstranten.

Für die Verschärfung der politischen Krise in der Ukraine spricht auch die Ausdehnung der Proteste. Am 8. Dezember fand in Kiew ein »Marsch der Millionen« statt, an dem mindestens 500.000 Menschen teilnahmen. Wie vor zwei Wochen hat die Partei der Regionen erneut eine Kundgebung in Kiew organisiert, um die Politik des Präsidenten zu unterstützen. Die Kundgebung »Wir bauen Europa in der Ukraine« besuchten nach Angaben der Partei der Regionen ca. 15.000 Menschen.

Seit Anfang Dezember versuchen die Protestierenden, drei Verwaltungsgebäude zu blockieren: das Ministerkabinett, die Präsidialverwaltung und das Parlament. Am

1. Dezember stürmten sie erfolgreich das Kiewer Rathaus und das Haus der Gewerkschaften. Hier wurden anschließend ein »Stab des Nationalen Widerstands« und eine Unterkunft für Demonstranten eingerichtet. Am 8. Dezember besetzen die Demonstranten das gesamte Regierungsviertel mit Barrikaden und Zelten. Der Sicherheitsdienst hat sofort Strafverfahren wegen des Versuchs der illegalen Machtübernahme eingeleitet. Zwei Tage später räumte die Polizei die von Demonstranten errichteten Zelte und Barrikaden und sperrte vorübergehend zentrale U-Bahn-Stationen. Am gleichen Tag wurde auch die Zentrale der oppositionellen Vaterlandspartei gestürmt.

Die Konfrontation verschärft sich weiter (Stand 10. Dezember). Als Bedingung für die Aufnahme von Verhandlungen verlangte die Regierung, die Belagerung öffentlicher Gebäude zu beenden. Darauf hat die Opposition mit eigenen Forderungen reagiert: Die Verhandlungen mit der Regierung seien nur nach dem Rücktritt der Regierung, Bestrafung der Verantwortlichen für die Gewalt gegen Demonstranten und nach der Freilassung der inhaftierten Demonstranten möglich. Am 9. Dezember erklärte sich Präsident Janukowytsch bereit, einen trilateralen Dialog mit ehemaligen Staatsoberhäuptern und Vertretern der Opposition aufzunehmen. Am nächsten Tag fanden Verhandlungen am Runden Tisch zwischen dem aktuellen und den ehemaligen Präsidenten der Ukraine statt. Dabei wurde die Opposition, nach eigener Angabe, nicht eingeladen.

Die Reaktion der ukrainischen Führung

Die ukrainische Führung reagierte sehr unterschiedlich auf die beiden Vorfälle vom 30. November bzw. 1. Dezember. Am Morgen des 30. November ließ die Kiewer Polizei verlautbaren, seitens der Demonstranten seien Provokationen erfolgt. Diese erste Version wurde schon abends durch eine neue Version ersetzt. Verantwortlich dafür sind offensichtlich die Aufnahme des Vorfalls, ihre weite mediale Verbreitung, die Fortsetzung der Massenproteste und die Verurteilung der Ereignisse durch westliche Staaten und die EU. Ministerpräsident Asarow und Präsident Janukowytsch verurteilten die Gewalt in jeweils eigenen Erklärungen und versprachen, dass die Verantwortlichen in entsprechenden Untersuchungen zur Rechenschaft gezogen würden. Schon am nächsten Tag legten die Sicherheitsbehörden eine andere Version der Ereignisse vor: Innenminister Walerij Sachartschenko entschuldigte sich für das übertrieben brutale Vorgehen der Spezialeinheit Berkut. Gleichzeitig erklärte Generalstaatsanwalt Wiktor Ptschonka, dass sich »die Menschen legal auf dem Maidan aufgehalten haben«.

Gleichwohl kehrte die ukrainische Führung nach den Ereignissen vom 1. Dezember zu ihrer früheren Version der Provokateure zurück. In einem Interview erklärte Wik-

tor Janukowytsch am 2. Dezember, dass am 30. November »die Sicherheitsdienste den Bogen überspannt« hätten, dass sie jedoch »etwas dazu provoziert« habe. Janukowytsch bewertete darüber hinaus die Konsequenzen aus dem 30. November und dem 1. Dezember sehr unterschiedlich. In einem Kommentar über die Niederschlagung der Demonstration forderte er die Bestrafung der Schuldigen. In einer Einschätzung der Handlungen der Sicherheitskräfte erwähnte der Präsident mit keinem Wort, dass er sie wegen der Übertretung ihrer Befugnisse zur Verantwortung ziehen wolle, sondern sprach lediglich über nötige Schlussfolgerungen und Bewertungen. Mykola Asarow kommentierte die Geschehnisse ähnlich. Bei einer Parlamentssitzung am 3. Dezember bat er für die Handlungen der Sicherheitskräfte auf dem Maidan um Entschuldigung, bemerkte jedoch, dass »die Sicherheitsbehörden zur Wiederherstellung der Ordnung keine Gewalt angewendet« hätten, und dass am 30. November nur »ein Mensch im Alter von 17 Jahren« zu Schaden gekommen sei. Diese Äußerung steht in starkem Kontrast zu Aussagen von Aktivisten des EuroMaidans, die behaupten, bei der Aktion am 30. November seien mindestens 35 Personen unter 25 Jahren verletzt worden.

Man gewinnt leicht den Eindruck, dass die Ereignisse vom 1. Dezember eigens dafür provoziert wurden, damit die Diskussionen über den gewaltsamen Einsatz vom Vortag aufhören. So betont die ukrainische Führung heute in ihren Äußerungen die Provokationen durch den extremistischen Flügel des EuroMaidans, die juristische Verantwortung für den Sturm der Präsidialadministration und die Besetzung anderer Verwaltungsgebäude. Die Reaktion der Justiz ist ebenfalls bemerkenswert. Schon am zweiten Tag nach den Ereignissen vom 1. Dezember begannen Gerichte damit, erste Arreststrafen für Demonstranten anzuordnen – gleichzeitig wurde bisher (Stand 10. Dezember) niemand wegen der gewaltsamen Niederschlagung der Demonstration am 30. November verhaftet.

Bisher sind alle Versuche der Regierung, die Situation im Land unter Kontrolle zu bringen, missglückt. Seit dem Beginn der Proteste haben Gerichte 27 Demonstrationsverbote verhängt, und zwar in 13 von 24 Regionen des Landes, sowie auf der Krim und in Sewastopol. Die Proteste gingen jedoch, der Verbote ungeachtet, weiter. Die Regionen reagieren ziemlich unterschiedlich auf die politische Krise. EuroMaidans gibt es in ausnahmslos allen Regionen des Landes, jedoch in unterschiedlicher Teilnehmerzahl. Die größten Demonstrationen finden sich im Westen der Ukraine (8.000 bis 50.000 Teilnehmer). In den letzten Tagen sind jedoch auch in einigen östlichen Regionen die Teilnehmerzahlen auf mehrere Tausend angestiegen. Demonstrationen zur Unterstützung der Regierung gab es in sechs östlichen Regionen,

die größten darunter waren in Charkiw (70.000 Menschen) und in Donezk (15.000). Die Kommunisten veranstalteten einige kleinere Aktionen zur Integration in die Zollunion mit Russland, Belarus und Kasachstan. Vier Regionalparlamente süd-östlicher Gebiete riefen zudem Präsident Janukowytsch dazu auf, die Lage im Land zu stabilisieren. Das Parlament der Krim forderte gar, den Ausnahmezustand auszurufen. Im Gegensatz dazu deklarierten drei westliche Regionen am 2. Dezember den Beginn eines unbegrenzten Generalstreiks.

Die ukrainische Führung hat keinen exklusiven Zugriff auf die Medienlandschaft, weshalb es ihr auch in dieser aktuellen Krise nicht gelang, genug Medienressourcen für ihre Ziele einzusetzen. Vor dem EuroMaidan war die Situation der Pressefreiheit in der Ukraine ziemlich kritisch – unbequemen Fernsehkanälen entzog man die Lizenz und verteilte sie an loyale Medien. Heute scheint es jedoch, dass die Oligarchen, denen ein Großteil der ukrainischen Fernsehsender gehört, sich auf die Seite der Protestierenden stellen. Sogar die Demonstranten selbst gaben zu, dass die Berichterstattung objektiv ablaufe. Anders werden die Ereignisse vom staatlichen Sender und den Medien der jüngst gegründeten UMH-Holding dargestellt. Diese Gruppe gehört zur Einflussosphäre Janukowytschs. Jedoch haben bereits drei Journalisten dem staatlichen Sender aus Protest gegen seine Redaktionspolitik gekündigt. Trotzdem findet Ministerpräsident Asarow, dass die wichtigen Kanäle zu wenig über die Kundgebungen zur Unterstützung der Regierung berichten. Zudem wurde am 2. Dezember ein Gesetzesprojekt zur Bekämpfung von Extremismus eingebracht, das es erlaubt, friedliche Versammlungen und bestimmte Medien im Interesse der nationalen Sicherheit zu verbieten. Es kann zurzeit jedoch nicht darüber abgestimmt werden, da die Opposition das Parlament blockiert. Darüber hinaus stürmte Polizei am 9. Dezember die Büros des oppositionellen Senders INTV, der Internetseite »Censor.net« und der Zeitung »Abendnachrichten« und beschlagnahmte ihre Server.

Nach der gewaltsamen Auflösung der Proteste am 30. November begann es auch in der Partei der Regionen zu brodeln. Vier Abgeordnete verurteilten öffentlich die Gewaltanwendung, zwei davon traten aus der Partei aus. Es gelang jedoch relativ schnell, die Parteidisziplin wiederherzustellen. So stimmte lediglich ein Abgeordneter der Partei der Regionen am 3. Dezember bei einem Misstrauensvotum gegen die Regierung. Dementsprechend gelang es dem Parlament nicht, die Regierung aufzulösen – dafür stimmten nur 186 Abgeordnete, 226 wären nötig gewesen.

Momentan haben weder die Partei der Regionen, noch die Führung des Landes einen Plan, wie ein Ausweg aus der politischen Krise aussehen könnte. Bis vor

kurzem bestand die Taktik darin, alle Forderungen der Demonstranten komplett zu ignorieren und darauf zu hoffen, dass die Proteste irgendwann von selbst nachlassen. Präsident Janukowytsch war beispielsweise, abgesehen von zwei Interviews und einer auf seiner Website veröffentlichten Stellungnahme, öffentlich nicht aufgetreten. Im Kontrast zu seinem »Verstummen« in der Innenpolitik, war er jedoch in der Außenpolitik äußerst aktiv: unmittelbar nach den blutigen Vorfällen wurden Regierungsdelegationen nach Brüssel und Moskau geschickt, und der Präsident selbst sagte seine geplante Chinareise nicht ab. Nach der Form dieser Gespräche zu urteilen, beabsichtigte der Präsident, zunächst die ökonomische Situation des Landes über Auslandskredite zu stabilisieren, und sich erst danach mit den aktuellen politischen Fragen zu beschäftigen.

Die Taktik der Opposition und die Wiederbelebung der Zivilgesellschaft

Die renommierte ukrainische Journalistin Julia Mostowa schrieb am 6. Dezember über den EuroMaidan wie folgt: »Das Problem ist, dass sich der Maidan 2013 als problematisch für fast alle erwies: Die Oppositionsführer wissen nicht wirklich, was damit anzufangen ist; die Regierung reagiert darauf aggressiv und hat Angst; Russland äußert offenen Hass; und der Westen ist nicht bereit, Unterstützung anzubieten, die wenn nicht von den Demonstranten, dann von den Oppositionsführern erwartet wird.«

Zwar handeln die drei Oppositionsführer – Witalij Klitschko (Partei UDAR), Arsenij Jazenjuk (Partei Vaterland) und Oleh Tjahnybok (Partei Freiheit) – heute schlüssig, hatten aber lange Zeit keinen konkreten Plan. Erst am 5. Dezember erstellte die Opposition eine Aufgabenliste. Dabei ist der Großteil der Maßnahmen auf Unterstützung der internationalen Gemeinschaft angelegt. Ansonsten besteht die Haupttaktik der Opposition in unbefristeter Fortsetzung der friedlichen Proteste.

Eine fehlende Strategie ist durch die Tatsache zu erklären, dass die heutigen Proteste, im Gegensatz zu den Protesten vom Jahr 2004, von unten initiiert wurden und die Oppositionsparteien kalt erwischt haben. So wurde behauptet, dass das Rückgrat der Revolte – Intellektuelle, Studenten und Vertreter der Mittelklasse – nach der Orangen Revolution enttäuscht und demoralisiert sei. Doch am 26. und 27. November gab es in der ganzen Ukraine Studentenstreiks, der größte von ihnen fand mit über 15.000 Teilnehmern in Kiew statt. Der Mittelstand bietet heute den Demonstranten gratis Tee und Internet in ihren Cafés an und die intellektuelle Elite unterstützt die Protestgeist der Demonstranten durch verschiedene Konzerte oder kostenlose medizinische und juristische Hilfe.

Der EuroMaidan in Kiew ist hervorragend organisiert und funktioniert ununterbrochen. Täglich wird

Verpflegung für etwa 80.000 Menschen organisiert, für ca. 20.000 Angereiste wird eine Unterkunft angeboten. Die Demonstranten schützt ein Team von Freiwilligen, das ständig auf den Straßen patrouilliert. Über das Internet verbreiten die Aktivisten Informationen über die Bedürfnisse von Demonstranten. Einfache Bürger und Bürgerinnen bringen warme Kleidung, Lebensmittel, bieten Unterkunft für Angereiste oder spenden. Laut der offiziellen Facebook-Seite des EuroMaidans wurden in Kiew im Zeitraum vom 21. November bis zum 2. Dezember mehr als 600.000 Hrywnja (etwa 54.000 Euro) Spenden gesammelt. Alle Ausgaben sind transparent. Das Solidaritätsgefühl wächst beim gemeinsamen Singen der Nationalhymne auf den Straßen und sogar in der U-Bahn. Auch wenn die Demonstranten am Ende nicht alle ihre Ziele erreichen, hat der EuroMaidan schon eine Wirkung – die Wiederbelebung der Zivilgesellschaft in der Ukraine.

Friedliche Demonstrationen mit mehreren Tausend Teilnehmern stehen in starkem Kontrast zu zwei blutigen Zwischenfällen, die am 30. November und 1. Dezember stattfanden. Für Außenseiter ist schwer zu beurteilen, was in diesen Tagen wirklich passiert ist. Während die ukrainische Führung die Schuld an den Ereignissen den ultraradikalen Nationalisten zuschreibt, spricht die Opposition über von der Regierung bezahlte Provokateure, sogenannte Tituschki. So werden in den ukrainischen Medien die Straßen-Hooligans genannt, die speziell für Gewaltaktionen rekrutiert werden. Der Name kommt von einem Wadim Tituschko, der im Mai 2013 zwei Journalisten bei einer Aktion der Opposition verprügelt hat.

Der EuroMaidan tickt auf seine eigene Weise und hat keinen eindeutigen Anführer. So will die Initiativegruppe »1. Dezember«, die im Jahr 2011 von Vertretern der nationalen Intelligenz gegründet wurde, den Dialog mit der Regierung aufnehmen, obwohl sie auch den Rücktritt der Regierung, Bestrafung der Verantwortlichen für die Gewalt gegen Demonstranten und die Unterzeichnung des Abkommens mit der EU fordert. Julia Tymoschenko forderte dagegen die Ukrainer in einem Brief auf, keine Gespräche mit der Regierung aufzunehmen und hat ebenso einen eigenen Aktionsplan vorgeschlagen. Dieser sieht den Übertritt der Armee auf die Seite der Protestierenden, die Verhängung internationaler Sanktionen gegen Janukowytsch und die Fortsetzung der friedlichen Proteste vor. Ein weiterer Teil der intellektuellen Elite, der von dem Schriftsteller Juri Andruchowjtsch geleitet wird, formulierte auch den eigenen Plan, »Aufgabe 5/12«. Laut diesem wollen die Unterzeichner bei allem Hass zu Janukowjtsch nicht »seinen Kopf auf einem Teller«, sondern ein Land, in dem die Konzentration der Macht in wenigen Händen unmöglich sei. Somit fordern sie eine

Rückkehr zur Verfassung von 2004, die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens mit der EU, die Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes und eines Gesetzes zur Lustration in den Gerichten, Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden. Darüber hinaus werden auch konkrete Forderungen an die Opposition gestellt, so etwa die Vorstellung des künftigen Kabinetts und eines konkreten Reformplans für das erste Jahr an der Macht.

Die Reaktion der EU

Trotz der harten Worte hofften die europäischen Politiker beim EU-Gipfel der Östlichen Partnerschaft in Vilnius bis zum letzten Moment auf einen Erfolg. Im Hintergrund blieb sogar die Frage der Freilassung von Julia Tymoschenko. Am Ende wurde in Vilnius jedoch kein Abkommen unterzeichnet, weil die ukrainische Seite eine Woche vor dem Treffen plötzlich zwei neue Forderungen stellte. Erstens wollte sie eine finanzielle Entschädigung für die Verluste aufgrund der russischen Handelsaktionen. Zweitens wurde die Bildung einer trilateralen Kommission unter Beteiligung von Russland, der EU und der Ukraine noch vor der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens verlangt.

Beide Anforderungen haben die europäischen Politiker sehr überrascht. Am 26. November teilte der EU-Erweiterungskommissar Štefan Füle mit, dass Kiew keinen offiziellen Antrag bei den EU-Behörden bezüglich der Entschädigung eingereicht habe. Die Summe in Höhe von 160 Mrd. Euro, die laut Wiktor Janukowytsch für die Anpassung der ukrainischen Wirtschaft an europäische Standards nötig sei, bezeichneten die europäischen Politiker als unbegründet. Später erklärte die ukrainische Seite, dass für die Berechnung der Durchschnittsbetrag der EU-Hilfe für die Länder Mitteleuropas in den vergangenen zwei Jahrzehnten herangezogen wurde. Nach dem Gipfel reduzierte Kiew die Summe der dringend notwendigen Investitionen auf 10 Mrd. Euro. Die Position der EU besteht dabei darin, dass die Freihandelszone mit der EU für die Ukraine wirtschaftlich und finanziell vorteilhaft sei. Darüber hinaus seien die Vereinbarungen für die Ukraine langfristig von Vorteil, während die Verluste im Handel mit Russland kurzfristiger Natur sind. Auch die zweite Forderung lehnte die EU kategorisch ab. Am 29. November schloss der EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso die Möglichkeit dreiseitiger Verhandlungen komplett aus, unter Berufung auf die Tatsache, dass bei bilateralen Verhandlungen eine dritte Partei überflüssig sei.

Demgemäß scheiterten die Versuche Janukowytschs, zwischen Russland und der EU zu manövrieren. Bei dem Gipfel in Vilnius war der Präsident der Ukraine anstatt des Siegers ein eindeutiger Verlierer. Trotz der Enttäuschung hat die EU ihre Position nicht verän-

dert. Die EU-Politiker betonen, dass das Abkommen vor allem von der ukrainischen Regierung abgelehnt wurde, die Türen nach Europa blieben für die Ukraine geöffnet. Doch trotz der Aussagen Janukowytschs über die mögliche Unterzeichnung eines Abkommens im Frühjahr 2014 hat die EU momentan keine Absicht, das konkrete Datum in naher Zukunft zu bestimmen.

Die Massenproteste in der Ukraine haben die EU-Politiker ebenso kalt erwischt. Die ersten Schlagzeilen über den Sieg Russlands nach dem Kurswechsel der Ukraine wurden schnell durch Schlagzeilen über die Massenproteste ersetzt. Die EU hat ihre Solidarität mit den Demonstranten in der Ukraine demonstriert. Manche Spitzenpolitiker besuchten den Euromaidan persönlich. Noch vor dem 30. November waren die litauische Parlamentspräsidentin Loreta Grauzinienė, der polnische Abgeordnete Marcin Świącicki, die Europaabgeordneten Rebecca Harms und Paweł Kowal auf den EuroMaidan gekommen. Am 1. Dezember haben polnische Politiker den Euromaidan besucht. Fünf Tage später reiste eine Delegation von Europaabgeordneten der EVP-Fraktion in die Ukraine. Während der OSZE-Konferenz in Kiew haben den EuroMaidan auch der deutsche und der kanadische Außenminister besucht. Die Unterstützung der EU bestand allerdings bisher nur in Worten und nicht in Taten. So wurden die Aufrufe der Ukrainer nach Verhängung von Sanktionen gegen Präsident Janukowytsch außer Acht gelassen, weil sie als direkte Einmischung in interne Angelegenheiten der Ukraine eingestuft werden.

Noch am 26. November haben die beiden Europaparlamentarier Elmar Brok (EVP, DE) und Jacek Saryusz-Wolski (EVP, PL) die ukrainische Regierung vor Gewaltanwendung gewarnt, andernfalls würden ernsthafte Konsequenzen gezogen werden. Trotz dieser Warnung kam es in der Ukraine, wie bekannt, zu Polizeigewalt gegen Demonstranten. Die Reaktion darauf war in der westlichen Welt, nicht jedoch in Russland, Verurteilung. Die EU, die UNO, die OSZE und sogar die NATO bekundeten ernsthafte Besorgnis über die Situation in der Ukraine. Neben mehreren Außenministerien der europäischen Länder haben auch das polnische und das litauische Parlament in besonderen Erklärungen die Gewaltanwendung durch die Polizei verurteilt. Einige Länder wie etwa die USA, Frankreich und Großbritannien und die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton sagten ihre Teilnahme am OSZE-Treffen in Kiew am 5. und 6. Dezember ab.

Als sich die Lage in der Ukraine verschärfte, rief der EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso in zwei Telefongesprächen mit Präsident Janukowytsch am 2. und 8. Dezember zu einem Dialog mit der Opposition auf. In der Ukraine wird die EU-Außenbeauftragte Ashton am 10. und 11. Dezember einen Vermittlungs-

versuch unternehmen. An diesen Tagen will auch das EU-Parlament in einem Beschluss Stellung zu den Ereignissen in der Ukraine beziehen.

Die Reaktion Russlands

Russland reagierte auf die Kehrtwende des außenpolitischen Kurses der Ukraine ziemlich zurückhaltend. Präsident Putin nahm sofort die Einladung der ukrainischen Seite zu trilateralen Gesprächen zwischen Russland, der Ukraine und der EU an, stellte jedoch die Bedingung, dass diese vor Kiew Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU stattfinden sollen. Darüber hinaus nannte man im Kreml die Absage der Ukraine an die EU eine souveräne Entscheidung der Ukraine. Aufgrund der ausdrücklich formulierten Position der Nichteinmischung gibt es nur relativ wenige Stellungnahmen der russischen Führung. Gleichwohl war die Ernennung von Putins Berater Sergei Glasjew zum »Menschen des Jahres 2013« für Verdienste bei der »Unterstützung der Rückkehr der Ukraine in einen gemeinsamen Wirtschaftsraum mit Russland« vielsagend.

Die Reaktion Russlands auf die Massenproteste in der Ukraine war vorauszusehen. So wie vor acht Jahren während der Orangen Revolution, ist es auch heute eine zentrale Aufgabe des Putin-Regimes, die Ausbreitung der Protestlaune nach Russland zu verhindern und in Russland selbst für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Aus diesem Grund bezeichnete Putin die Proteste in der Ukraine als gut vorbereitet und erklärte, dass sie eher einem Pogrom als einer Revolution glichen. Die russischen Medien portraitierten die Demonstrationen derweil als einen Putsch, als verfassungswidrige Machtübernahme durch die Opposition. Friedliche Proteste sind in russischen Berichten »Straßenunruhen«, die Teilnehmeranzahl wird zu niedrig angegeben, die Proteste als gekauft dargestellt und die Zusammenstöße mit der Polizei als Provokationen seitens der Protestierenden verkauft. Dabei wird der Schwerpunkt der Berichterstattung auf die verletzten Polizisten gelegt, die Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung findet keine Erwähnung. Bemerkenswert ist außerdem, dass die russischen Massenmedien die ersten waren, die die Information über die mögliche Ausrufung des Ausnahmezustandes in der Ukraine verbreiteten – was bisher (Stand 10. Dezember) unterblieben ist.

Ein weiterer Strang in der russischen Rhetorik ist die Verurteilung von Wort und Tat der EU-Politiker in Bezug auf die Ukraine, die Präsident Putin am 22. November als Erpressung bezeichnet hatte. Auf diese Weise setzt sich die Rivalität zwischen Russland und der EU fort. So fiel auch die Reaktion des russischen Außenministeriums auf eine gemeinsame Erklärung von EU-Ratspräsident Herman van Rompuy und EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso vom 25. Novem-

ber sehr deutlich aus. In der Erklärung hatten die EU-Beamten zum wiederholten Male Russlands Position in Bezug auf die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und der EU verurteilt. Das russische Außenministerium erklärte daraufhin, dass »eine solche Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates die oppositionell ausgerichteten Teile der ukrainischen Bevölkerung zu Protest und rechtswidrigen Handlungen gegen die gesetzmäßige ukrainische Macht aufstacheln.« (Erklärung siehe S. 10). Von russischen Medien werden gleichfalls ähnliche Berichte über EU-Politiker verbreitet, die angeblich von der Tribüne des Maidans zum Ungehorsam gegen die Machthaber aufrufen. In seiner beliebten Wochenschau am 1. Dezember verglich der Journalist Dmitri Kiseljow den Gipfel von Vilnius gar mit Ereignissen in München im Jahr 1933 und nannte Schweden, Polen und Litauen (die das Assoziationsabkommen mit der Ukraine maßgeblich vorangetrieben hatten) eine antirussische Allianz, die jetzt Rache für Poltawa nehmen wollen (in der Schlacht bei Poltawa im Jahr 1709 besiegte die Armee Peters des Großen das Heer des Schwedenkönigs Karl XII; dies war der Wendepunkt des Großen Nordischen Krieges, nach dem Russland seine Vorherrschaft im Ostseeraum behaupten konnte). Übrigens wird Dmitri Kiseljow bald die neue Internationale Agentur »Russland Heute« leiten, die Präsident Putin am 9. Dezember per Erlass formiert hat. Laut Kiseljow werde seine neue Aufgabe darin bestehen, eine »faire Einstellung zu Russland« wiederherzustellen.

Bisher hat die russische Seite die Absage Kiews an das Assoziierungsabkommen mit der EU materiell noch nicht belohnt, wobei die Handelsbeschränkungen von Seiten Russlands bereits aufgehoben wurden. Gazprom, und wenig später Putin, bestritten die Aussage Asarows, dass Russland sich mit der Ukraine darauf geeinigt

habe, den Gasvertrag vom Jahr 2009 neu zu verhandeln. Ebenfalls zurückgewiesen wurde die Erklärung der ukrainischen Seite, dass die Zahlungen für eine Gaslieferung für Oktober bis Dezember 2013 erst im Frühjahr 2014 entrichtet werden könnten. Zusätzlich unterstrich der Gazprom-Chef Aleksej Miller, dass die Ukraine Russland noch zwei Milliarden US-Dollar für Lieferungen von August bis November schulde. Nach Äußerungen von Putin schulde die Ukraine russischen Banken zusätzlich etwa 30 Milliarden US-Dollar. Jedoch hat Russland, nach einigen Angaben, mit dem Kauf ukrainischer Staatsanleihen begonnen. Der rasche Anstieg des Ankaufs ukrainischer Wertpapiere durch Ausländer – im Moment beläuft sich die Summe auf mindestens 500 Millionen US-Dollar – setzte unmittelbar nach der Unterbrechung der Verhandlungen mit der EU ein. Händler verknüpfen diese Bewegungen mit russischen Investoren, insofern ist es nicht ausgeschlossen, dass Russland der Ukraine inoffiziell bereits zum jetzigen Zeitpunkt finanzielle Unterstützung zukommen lässt.

Für den 17. Dezember wird erwartet, dass die Ukraine und Russland beim Treffen der bilateralen russisch-ukrainischen Regierungskommission, ein Abkommen über eine strategische Zusammenarbeit unterzeichnen werden. Wie bekannt wurde, fanden am 4. Dezember in Moskau Gespräche auf Ebene der Vize-Ministerpräsidenten statt, am 6. Dezember traf sich Präsident Janukowytsch in Sotschi mit Präsident Putin. In der Ukraine gingen Gerüchte um, dass Janukowytsch sich zum Beitritt zur Zollunion bereiterklärt habe. Die Pressestellen beider Präsidenten wiesen diese Information jedoch sofort zurück. Es ist gut möglich, dass die Absprache in erster Linie die Frage der Gaslieferungen betrifft.

*Aus dem Russischen von Katerina Malygina und
Jan Matti Dollbaum*

Über die Autorin:

Katerina Malygina ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Redakteurin der Online-Zeitschrift »Ukraine-Analysen«. Zugleich schreibt sie ihre Doktorarbeit über die Instrumentalisierung der Diskurse in der ukrainischen Gaspolitik.

Lesetipps:

- Malygina, Katerina: Die Ukraine vor dem EU-Gipfel in Vilnius: Einflussversuche externer Akteure, abrupter Kurswechsel der Regierung und die Volksversammlung zugunsten der europäischen Integration, in Ukraine-Analysen Nr. 124 (vom 26.11.2013) <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen124.pdf>>.
- Meister, Stefan: »Die Ukraine nach dem Vilnius-Gipfel: Eine erste Einschätzung«, Deutsche Beratergruppe Newsletter 62/2013, Dezember 2013. <http://www.beratergruppe-ukraine.de/download/Newsletter/2013/Newsletter%2062_2013_Deutsche%20Beratergruppe.pdf?PHPSESSID=4dbd6a95064cbff94bb8d951ba74e2a5>
- Olszański, Tadeusz A./Konończuk, Wojciech: »The political crisis in Ukraine«, OSW Analysis, 4.12.2013. <<http://www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2013-12-04/political-crisis-ukraine>>

Die Ukraine-Analysen drucken an dieser Stelle einen Kommentar zu den aktuellen Protestereignissen und den Gewaltausbrüchen in Kiew. Der Text gibt den Standpunkt eines stark involvierten Aktivisten wieder.

Warum nicht in der Ukraine?

Dmytro Potekhin, Kiew

Seine Gruppe von Menschen und trafen dabei gezielt auch Journalisten. In Thailand gab die Polizei gegen die friedlichen Proteste, die sie hatten blockieren sollen, nach. Warum nicht in der Ukraine?

Einige Beobachter glauben, dass heute – nach dem »Deal« von Janukowytsch und Putin – das Risiko für staatlich organisierte Gewalt höher sei [der Autor bezieht sich auf Meldungen des *Economist*, nach denen Wiktor Janukowytsch und Wladimir Putin in Sotschi eine Abmachung unterzeichnet haben, die die Ukraine in die Zollunion führen soll, *d. Red.*]. Das Gewaltisiko ist natürlich real, genauso wie es während der gesamten Dauer des Janukowytsch-Regimes real war – und zwar nicht nur als analytische Wahrscheinlichkeit, sondern als tägliche Erfahrung hunderter Aktivisten und Millionen von Ukrainern (was genau genommen den Euro-maidan erst ermöglichte, und zwar trotz zahlloser taktischer und einiger strategischer Fehler in der Planung).

Der Zusammenstoß in Kiew in der letzten Woche begann mit Steinen, Molotov-Cocktails und einem auf die Polizeireihen zusteuernenden Bagger – Berichten zufolge von Provokateuren arrangiert. Das Ausbleiben von Untersuchungen und jeglicher konkreter Maßnahmen gegen diese Aktivisten, deren Vorgehen von vielen anwesenden Journalisten dokumentiert wurde, zeigt deutlich, dass das Regime die Protestierenden zu bestrafen sucht anstatt die Extremisten zu finden.

Trotz allem ist das Risiko staatlich organisierter Gewalt zum jetzigen Zeitpunkt (Stand: 8.12.) weit geringer als in der vergangenen Woche. Gleich nach dem Vilnius-Gipfel [als es zum Gewaltausbruch kam, *d. Red.*] war das Risiko beträchtlich höher, und zwar aus den folgenden zwei Gründen. Erstens besteht das Janukowytsch-Regime aus neo-sowjetischen Nullsummenspiel-Verschwörungstheoretikern, die glauben, dass die ukrainische Zivilgesellschaft und ihre Proteste nur ein Anhängsel der westlichen Politik seien, die darauf zielt, die Ukraine von Russland zu übernehmen. Daher waren sowohl die unsinnige Geldforderung Janukowytschs an die EU als auch die massive Anwendung von Gewalt natürliche Reaktionen auf das Scheitern von etwas, was zum Scheitern verurteilt war.

Der zweite Grund war das fehlende Verständnis der Ukrainer für Rechtsstaatlichkeit und gewaltlosen Widerstand. Dies bedingte die Anerkennung

Janukowytschs als rechtmäßigen Präsidenten durch das gesamte Medienspektrum der Ukraine, von offiziellen Publikationen bis hin zu unabhängigen Websites: Trotz des Staatsstreichs von 2010 wurde das illegitime und verfassungswidrige Regime im Namen der Unterzeichnung des Assoziationsabkommens und der Freihandelszone legitimiert.

Beide Irrtümer bestehen auch durch die ukrainische Opposition und die Medien. Das Ausmaß der Zensur durch das Regime wird überschätzt: Nicht nur staatliche Medien und solche in der Hand von Oligarchen legitimieren das Regime – auch unabhängige Online-Publikationen wiederholen nimmermüde, dass Janukowytsch böse und korrupt, aber nun mal der Präsident sei. Dasselbe tut die Opposition – sie stellen sich gegen Janukowytsch und seine Gang, doch sie akzeptieren deren Spielregeln, partizipieren in den illegitimen Institutionen und versuchen, sie gegen das Regime einzusetzen. Zu wenig strategische Planung auf Seiten der Opposition hat dazu geführt, dass die Funktionäre, die seit 2010 staatliche Gebäude besetzen, nun denjenigen Menschen Gesetzesbruch vorwerfen, die in diese Gebäude eindringen und sie von ihren Usurpatoren zu befreien versuchen [der Autor bezieht sich hier auf die Besetzung z. B. der Kiewer Stadtverwaltung durch Demonstranten, *d. Red.*]

Die jüngsten Versuche der Opposition, Janukowytsch das Recht abzuspochen, die Außenpolitik der Ukraine zu bestimmen, gehen in die richtige Richtung. Gleichwohl ist die rechtliche Grundlage für diesen Schritt zumindest fraglich – obwohl die Europäische Integration ein gesetzlich festgeschriebenes außenpolitisches Ziel ist, gibt es keine Klauseln darüber, wann und wie dies geschehen soll.

Janukowytsch, Asarow und andere Offizielle der ersten Riege sind Usurpatoren, die keine legitime Macht besitzen, um die Ukraine zu repräsentieren, sei es gegenüber dem Osten oder dem Westen – und zwar aus einem anderen Grund, den die Beratergruppe des Europarates für Verfassungsfragen formulierte. In Stellungnahme 599/2010 hat die Europäische Kommission für Demokratie durch Recht (besser bekannt als die Venedig-Kommission) bereits vor drei (!) Jahren klar festgestellt: »Es ist klar, dass die aktuelle Verfassung, die auf einer Entscheidung des Verfassungsgerichts beruht, keine ausreichende Legitimität besitzt. Diese kann aus-

schließlich das reguläre Verfahren für Verfassungsänderungen der Werchowna Rada [das ukrainische Parlament, *d. Red.*] gewährleisten.«

In der Stellungnahme wird außerdem empfohlen, eine legitime Verfassung zu entwickeln. Einige ukrainische NGOs haben genau damit begonnen. Sie versuchten jedoch, die neue Verfassung in einer Kommission unter der Führung des »Präsidenten« zu entwerfen. Es ist keine Überraschung, dass dies keine besonderen Ergebnisse brachte.

Manchmal wird versucht, den Misserfolg der Bewegung für demokratische Entwicklung vor drei Jahren durch Zensur zu erklären. Die breite und meist verzerrte Berichterstattung über die Euromaidan-Proteste durch die Mainstream-Medien zeigt jedoch: äußere Zensur ist nicht alles. Die Unfähigkeit der parteipolitischen Opposition, trotz der größten Proteste seit der Orangen Revolution eine eigene Agenda zu präsentieren, ist ein trauriges Kapitel in der Geschichte zivilen Widerstands

Das Risiko einer weiteren gewaltsamen Eskalation wird jedenfalls niedrig bleiben, solange es den Demonstranten gelingt, zwei Aufgaben zu bewältigen: die Disziplin zur Gewaltlosigkeit aufrecht zu erhalten und den Einsatzkräften der Polizei klarzumachen, dass sie keine Anweisungen von illegitimen Usurpatoren zu befolgen haben, im Gegenteil: sie haben die Pflicht, verfassungswidrige Befehle zu verweigern. Andernfalls wird das Regime Gelegenheit haben, Gründe für eine juristische Attacke auf die Protestierenden bei den Blockaden des Regierungsbezirks zu finden.

Das Wichtigste zum Schluss: Wenn das Gewaltisiko zum jetzigen Zeitpunkt, am Vorabend dessen, was nicht nur die größte sondern auch die letzte Demonstration in dieser Protestwelle sein könnte [Stand 8. Dezember, *d. Red.*], überschätzt wird, verpasst der Euromaidan die Chance, eine legitime Verfassung für die kommenden Wahlen zu entwerfen: Eine Verfassung, die vom Volk ausgeht, ihm gehört und von ihm geschützt wird – eine »Euroverfassung« der Ukraine.

Über den Autor:

Dmytro Potekhin ist ein politischer Analyst und Berater für bürgerschaftlichen Aktivismus. Er hat während der Kutschmagate-Krise im Jahr 2000 für die Botschaften Japans in der Ukraine und Moldawien gearbeitet. Im Jahr 2004 koordinierte er eine unabhängige Bildungs- und Mobilisierungskampagne der Orangen Revolution. Er hat einen MA in Internationale Beziehungen der Universität für Geisteswissenschaften in Kiew und studierte in Budapest und Stanford.

Das wird das Gewaltisiko natürlich nicht verringern, aber es würde dem aktuellen Euromaidan einen Sinn geben: Ohne europäische Regeln kein europäisches Land. Außerdem bietet sich die Chance, ein Dokument zu skizzieren, das den Maidan als die beste und bereits traditionelle Art der Ukrainer, für Rechte und Freiheit zu kämpfen, zum Herzstück hätte. Keine Verfassung in der jüngsten Geschichte der Ukraine hatte einen so mächtigen Garanten.

Die politische Opposition wird freilich nicht gern anerkennen, dass sie jahrelang in simulierten Institutionen mitgewirkt hat. Daher kann nur ein Wunder ihre Agenda verändern. Etwa eine von der politischen Opposition unabhängige Bürgerbewegung, die gegen das Regime kämpft und für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und gewaltlosen Widerstand steht, die strategisch vorgeht, eine Führungsrolle übernimmt und dabei hilft, den Euromaidan in eine verfassungsgebende Versammlung zu überführen, die Repräsentanten aus allen Teilen der Ukraine versammelt und eine legitime Grundlage für weitere Wahlen und Reformen legt.

Jeden Tag nach dem neuen Janukowytsch-Putin-Deal wird es nur noch mehr Menschen aus dem Osten und Süden des Landes geben, die enttäuscht sind vom ukrainisch-russischen neo-sowjetischen Assoziierungspakt. Diese Menschen – jedoch nicht die Usurpatoren, die sie repräsentieren – müssen die Chance bekommen, ihre Unabhängigkeit vom Janukowytsch-Regime zu erklären. Sie brauchen einen gleichwertigen Platz sowohl im verfassungsgebenden Prozess als auch in der neuen Post-Janukowytsch-Ukraine.

In der Ukraine geschehen Wunder noch immer seltener als Revolutionen und die drei Oppositionsführer mit ihrem Schneewittchen hinter Gittern werden hart arbeiten müssen, um zumindest ein ähnliches Vertrauen zu genießen wie Santa Claus, Sankt Nikolaus und sogar Ded Moroz. Sie werden scheitern, solange nicht die Bürgerbewegung die Führung übernimmt.

Übersetzung aus dem Englischen: Jan Matti Dollbaum

Stellungnahmen der EU und Russlands zum Abbruch der Verhandlungen über das Assoziationsabkommen zwischen der Ukraine und der EU (in den Sprachen der Veröffentlichungen)

Joint statement by President of the European Council Herman Van Rompuy and President of the European Commission José Manuel Barroso on Ukraine, 25.11.2013

Concerning the Ukrainian decision to suspend temporarily the preparations for signing the Association Agreement and Deep and Comprehensive Free Trade Area (DCFTA), the European Union's position remains clear. The offer of signing an unprecedented Association Agreement and a DCFTA is still on the table. This requires the necessary political will by the Ukrainian leadership, determined action and tangible progress on the conditions set out in December 2012. Important progress has already been achieved by Ukraine. We are convinced that signing the Association Agreement and a DCFTA, the most ambitious agreement the European Union has ever offered, provides the best possible support for Ukraine's economic situation, reform course and modernisation in view of building a prosperous and stable future for all Ukrainians. The EU stands ready to be more open and more supportive to those who are willing to engage in reforms and modernisation.

While being aware of the external pressure that Ukraine is experiencing, we believe that short term considerations should not override the long term benefits that this partnership would bring. However the European Union will not force Ukraine, or any other partner, to choose between the European Union or any other regional entity. It is up to Ukraine to freely decide what kind of engagement they seek with the European Union. Ukrainian citizens have again shown these last days that they fully understand and embrace the historic nature of the European association.

We therefore strongly disapprove of the Russian position and actions in this respect. The Association Agreement and a DCFTA are opportunities to accompany our common neighbours towards modern, prosperous and rule-based democracies. Stronger relations with the European Union do not come at the expense of relations between our Eastern partners and their other neighbours, such as Russia. The Eastern Partnership is conceived as a win-win where we all stand to gain. The European Union continues to stand ready to clarify to the Russian Federation the mutual beneficial impact of increased trade and exchanges with our neighbours, whilst fully respecting the sovereignty and independence of our Eastern Partners and the bilateral nature of Association Agreement and DCFTAs. The European Union looks forward to the Eastern Partnership Summit in Vilnius this week. It will be an important moment to take stock of the situation and take forward the relations with our Eastern partners.

Quelle: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/139720.pdf>

Kommentar des Departements für Information und Presse des Außenministeriums Russlands zur Erklärung der EU über die Ukraine vom 25.11.2013, 26.11.2013

Moskau richtete seine Aufmerksamkeit auf die gemeinsame Erklärung des EU-Ratspräsidenten Herman Van Rompuy und des Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, am 25. November 2013 zur Ukraine, in welcher »äußerste Missbilligung der Position und der Handlungen Russlands« zum Ausdruck gebracht werden im Kontext des Entschlusses der Ukraine, den Vorbereitungsprozess für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens und die Schaffung einer umfassenden Freihandelszone mit der EU zu unterbrechen.

Solche und andere in den letzten Tagen von mehreren europäischen Politikern und politischen Führern der EU gemachten Erklärungen rufen Befremden und Enttäuschung hervor. Auf Russisch heißt das »die Schuld von einem Schuldigen auf einen Unschuldigen abwälzen«. Diese Aussagen sind offenbar von dem Bestreben geleitet, die Verantwortung für die Probleme, welche in der ukrainischen Gesellschaft infolge der von der EU gegenüber der Ukraine und anderen Staaten im Rahmen der Initiative »Östliche Partnerschaft« ausgeübten Politik des unverhohlenen Drucks entstanden sind, Russland aufzuerlegen.

Russland hat mehrere Male, darunter auch auf Ebene des Präsidenten Wladimir Putin, auf die Schädlichkeit einer solchen Linie hingewiesen. Wir haben immer betont, dass die Wahl von Wirtschaftspartnern die souveräne Angelegenheit unserer Nachbarn ist, welche wir respektieren werden. Russland hat nur vorgeschlagen, die wirtschaftlichen Folgen dieses Assoziierungsabkommens mit der EU für unsere Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu berechnen, und zwar unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die EU die Ukraine offen vor der Unmöglichkeit des gleichzei-

tigen Verbleibs in zwei Zollunionen mit verschiedenen Zollregelungen gewarnt hat. Viele Experten machten darauf aufmerksam, dass das von der Europäischen Union vorangetriebene Assoziierungsabkommen nur dieser Dividenden bringen würde. Das Inkrafttreten der Handels- und Wirtschaftskapitel des Assoziierungsabkommens würde für die Ukraine und für andere unserer Nachbarn eine mehrjährige Periode von wirtschaftlichen Wirren, Deindustrialisierung, den Ruin von Farmbetrieben, die Zunahme der Arbeitslosigkeit und die Verringerung des Lebensstandards der Bevölkerung nach sich ziehen. Ebenfalls anhand von konkreten Beispielen haben wir die Aufmerksamkeit der EU auf die vorhersehbaren Folgen des Inkrafttretens des Abkommens mit der EU für den Freihandel im Rahmen der GUS-Staaten gelenkt, sowie auch auf die Gefahr der Entstehung von neuen Trennungslinien in Europa als Folge der Umsetzung der Politik der »Östlichen Partnerschaft«.

In diesem Zusammenhang sind uns die Gründe verständlich, welche die ukrainische Regierung dazu gebracht haben, bei der Eurointegration eine »Pause einzulegen« und über Kompensierungsmechanismen für die Verluste der ukrainischen Wirtschaft durch das Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union nachzudenken. An die EU und Russland wurde der Vorschlag gerichtet, diese Frage gemeinsam zu prüfen. Als Antwort auf diesen Schritt Kiews begann jedoch Brüssel, noch stärkeren Druck auf die ukrainische politische Führung auszuüben und versuchte, sie um jeden Preis dazu zu bringen, das Einverständnis für die Unterzeichnung des Abkommens zu geben. Dabei muss der EU klar sein, dass eine solche Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates die oppositionell ausgerichteten Teile der ukrainischen Bevölkerung zu Protest und rechtswidrigen Handlungen gegen die gesetzmäßige ukrainische Macht aufstacheln.

Wir sind überzeugt, dass wir alle uns nicht um die Schaffung von neuen Trennungslinien in Europa bemühen sollen, sondern um die Errichtung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums auf gleichberechtigter Basis mit vorhersagbaren und allen unseren Staaten verständlichen Regeln, welcher den Modernisierungsaufgaben unserer Wirtschaften, der Einführung von fortschrittlichen Technologien und Innovationen sowie der Förderung von gegenseitig vorteilhaften industriellen Kooperationen dient.

Quelle: <http://www.mid.ru/bdcomp/brp_4.nsf/191dd15588b2321143256a7d002cfd40/950ca2d20636593a44257c31001f3d7b%21OpenDocument>

PRESESTIMMEN

Zum überraschenden Abbruch der Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen zwischen EU und Ukraine am 21.11.

Gescheitertes Abkommen: Ukrainischer Premier rechtfertigt Stopp von EU-Annäherung

Spiegel-Online am 22.11.2013:

Der Russlandbeauftragte der Bundesregierung, Andreas Schockenhoff (CDU), machte den russischen Staatschef für das Aus des Abkommens verantwortlich. »Putin verfolgt eine Politik des Nullsummenspiels, das heißt, mir nutzt das, was meinen Gegner schwächt. Und was die anderen stark macht, ist für mich eine Schwächung«, sagte er am Freitag dem RBB-Inforadio. Die EU solle der Ukraine nun die Tür für eine Annäherung offen halten, allerdings nicht zu jedem Preis: »Wir dürfen die Bedingungen, die jetzt aus Moskau in ein Abkommen zwischen der Ukraine und der EU hineingeschrieben werden sollen, auf keinen Fall annehmen.«

Quelle: <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-premier-asarow-rechtfertigt-aus-fuer-abkommen-mit-der-eu-a-935073.html>>

Eine Woche vor Vilnius hat die Ukraine aufgegeben

gazeta.ru (Russland) am 22.11.2013

Mykola Asarow hat erklärt, dass die Assoziierung mit der EU ein Verlustgeschäft werden würde: allein für die Umstellung auf europäische technische Standards müsste Kiew zwischen 100 und 160 Milliarden Euro aufbringen. (...) Kiew

hat auch Druck aus Moskau erfahren. Moskau rechtfertigte seine Handlungen damit, dass die Freihandelszone zwischen der EU und der Ukraine der russischen Wirtschaft schaden würde. Der Kreml deutete an, dass in diesem Falle Russland dazu gezwungen sei, einen einheitlichen Zolltarif einzuführen und die Zollkontrollen zu verschärfen, um den russischen Markt vor Reexporten aus Europa und der Türkei zu schützen.

Quelle: <<http://www.gazeta.ru/business/2013/11/21/5764149.shtml>>

Der Russische Bulldozer und das ukrainische Boot

Mikhail Rotkowskij, *mk.ru* (Russland), 22.11.2013

Die Ukraine vor die Wahl zwischen Russland und Europa zu stellen ist in etwa dasselbe, wie zu fragen: »Bitte, Liebster, entscheide dich auf der Stelle: welche Hand willst du verlieren, die rechte oder die linke?« Die Ukraine kann weder ausschließlich mit Russland, noch ausschließlich mit der EU assoziiert sein. Sie ist eine Transitzone, eine Brücke zwischen zwei Teilen eines Kontinents. Und aus dieser Perspektive macht Präsident Wiktor Janukowytsch alles richtig. Janukowytsch weist die ihm aufgezwungene Wahl resolut zurück und laviert verzweifelt. Freilich sind weder die EU noch Russland über solch »doppelgesichtiges« Verhalten besonders erfreut. Doch hat Janukowytsch aus meiner Sicht keine Alternative zu diesen ausgewogenen Entscheidungen. (...)

Die Ukraine will ihre wirtschaftlichen Verbindungen zu Russland nicht kappen. Sie will jedoch auch nicht der Zollunion beitreten. Ein solcher Schritt würde die Ukraine von innen zerreißen. Was folgt aus all dem? Nötig sind neue Formen wirtschaftlicher Integration. Formen, die die Interessen Kiews, Moskaus und der EU gleichermaßen berücksichtigen. Die Ukraine hat im Übrigen genau das vorgeschlagen.

Quelle: <<http://www.mk.ru/politics/article/2013/11/22/949453-rossiyskiy-buldozer-i-ukrainskaya-lodka.html>>

Zu Massenprotesten und gewaltsamen Ausschreitungen in Kiew

Witalij Klitschko in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, 22.11.2013:

Was waren Ihre Gedanken, als Sie hörten, dass die Ukraine sich nun vielleicht von Europa abwendet?

Das ist nicht die Ukraine, die sich abwendet, sondern die Regierung. Wir sind enttäuscht, man hat uns betrogen. Wir hatten Hoffnungen auf Reformen, die unser Land in Europa integrieren würden – im Bereich der Justiz, bei der Polizei, im Kampf gegen Korruption. Die Opposition hat sich getroffen, und jetzt fordern wir die Leute auf, am Sonntag auf die Straße zu gehen. Wir wollen nicht nur zehntausend oder zwanzigtausend Demonstranten mobilisieren, sondern viel mehr: fünfzig-, achtzig-, hunderttausend Menschen. In allen Städten laufen im Augenblick Vorbereitungen für Demonstrationen für die Europäische Union: in Kiew, Charkiw, Donezk und Lemberg.

Ist das der Anfang einer neuen Revolution?

Ich kann das nicht sagen. Ich weiß nur, dass die Leute enttäuscht sind. Die Regierung verspricht ein besseres Leben, aber die Wahrheit ist, dass die Investoren aus dem Land laufen, dass wir riesige Korruption haben, dass die Wirtschaft schrumpft.

Quelle: <<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/witalij-klitschko-ueber-die-ukraine-man-hat-uns-betrogen-12676345.html>>

Politik mit brutalem Druck

The Economist, 22.11.2013

Einfache Ukrainer sind auf den Maidan gekommen – Kiews zentralen Platz, die Bühne der Orangen Revolution von 2004 –, um gegen Janukowytschs Entscheidung zu protestieren. Die Tatsache, dass dies unmittelbar vor dem neunten Jahrestag der Orangen Revolution geschieht, macht es nur noch ergreifender. Vor fünf Jahren spülte die Orange Revolution Julija Tymoschenko und Wiktor Juschtschenko an die Macht. Damals wurde das als Ausbruch aus der russischen Einflussphäre und als wichtiger Schritt in Richtung Europa interpretiert. Jubelnde Mengen schwenkten EU-Flaggen zusammen mit ukrainischen. Das Versprechen der Revolution wurde von Juschtschenko, der nun Janukowytsch dazu rät, Julija Tymoschenko hinter Gittern zu lassen, und auch von Tymoschenko selbst spektakulär verspielt.

Die orangen Flaggen sind verschwunden, doch die europäische weht wieder neben der ukrainischen. Der Maidan ist bereits in EuroMaidan umbenannt worden. Janukowytschs Wende in Richtung Russland scheint die Ukraine von Europa zu entfernen, aber sie könnte auch das Gegenteil bewirken.

Quelle: <<http://www.economist.com/blogs/easternapproaches/2013/11/ukraine-and-eu-0>>

Stellungnahme der Hohen Repräsentantin Catherine Ashton und EU-Erweiterungskommissar Štefan Füle zu den nächtlichen Ereignissen in der Ukraine am 30.11.2013

Die Europäische Union verurteilt die exzessive Gewaltanwendung der Polizei in Kiew in der letzten Nacht mit dem Ziel, friedliche Proteste aufzulösen, scharf. Die Protestierenden haben in den vergangenen Tagen in beispielloser Weise ihre Unterstützung für die politische Assoziierung und wirtschaftliche Integration mit der EU ausgedrückt. Diese Unterstützung wurde gestern von den Teilnehmern des Gipfels der Östlichen Partnerschaft in Vilnius gewürdigt. Die ungerechtfertigte Anwendung von Gewalt verletzt die Prinzipien, deren Anerkennung alle Teilnehmer des Gipfels von Vilnius, einschließlich des Präsidenten der Ukraine, gestern bestätigt haben. Wir rufen die Ukraine auf, auch als Vorsitzender Staat der OSZE, der seine Ministerkonferenz am 5. und 6. Dezember in Kiew ausrichten wird, all ihre internationalen Verpflichtungen einzuhalten und die Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu achten. Wir rufen den Präsidenten und die ukrainischen Behörden auf, Untersuchungen zu den gestrigen Vorfällen einzuleiten und die Verantwortlichen, die die Grundrechte auf Meinung und Versammlung verletzt haben, zur Rechenschaft zu ziehen.

Quelle: <http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-1077_en.htm>

Die Ukrainer fordern bei Protesten gegen die EU-Kehrtwende Rücktritt von Janukowytsh

Oksana Gryzenko und Shaun Walker, *The Guardian*, 2.12.2013

Der nationalistische Rechtsaußen-Politiker Oleh Tjahnybok bemühte sich derweil um Unterstützung durch die Arbeiter. »Von heute an streiken wir«, erklärte er. Sollte die Idee eines landesweiten Generalstreiks Unterstützung finden, wäre das ein sicheres Zeichen dafür, dass die Proteste mehr sind als ein Strohfeder.

Alle Oppositionsführer leugneten jede Art der Verstrickung in die Gewaltausbrüche und warfen der Obrigkeit vor, Provokateure engagiert zu haben. Am Sonntagabend schien die Ordnung vorerst wiederhergestellt (...)

Der nächste Schritt von Janukowytsh wird entscheidend sein. Am Wochenende verurteilte er die Gewalt und bestand darauf, dass das Land sich noch immer auf dem Weg zur Europäischen Integration befinde. Gerüchten zufolge traf er seine Berater auf seiner Residenz außerhalb der Stadt. Seine Referenten erklärten, er halte an seinem für Mittwoch geplanten China-Besuch fest; danach muss er nach Moskau.

Quelle: <<http://www.theguardian.com/world/2013/dec/01/ukraine-largest-street-protests-orange-revolution>>

Opposition besetzt Regierungsviertel in Kiew

Konrad Schuller, *FAZ*, 08.12.2013

Neue Unterstützung winkt der pro-europäischen Opposition derweil von anderer Seite. Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Gruppe der konservativen Parteien in der EU (EVP) wollen Klitschko laut Informationen des Magazins »Der Spiegel« durch gemeinsame Auftritte stärken. Geplant sei, den Boxer zum Oppositionsführer und Gegenkandidaten von Präsident Janukowitsch aufzubauen, hieß es. Parallel dazu würden EVP und die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung Politiker von Klitschkos Udar-Partei logistisch unterstützen und schulen. Eine Bestätigung dafür gab es zunächst nicht. (...)

Der ehemalige polnische Präsident Aleksander Kwaśniewski warf unterdessen der EU Naivität im Umgang mit der Ukraine vor. Bereits seit Sommer sei klar gewesen, dass Russland das Assoziierungsabkommen zwischen Brüssel und Kiew torpedieren werde, sagte Kwaśniewski dem »Spiegel«. Der Westen habe die Entschlossenheit von Kremlchef Putin unterschätzt – er habe aber auch das unterschätzt, was sich in Kiew abspiele. Die Führung um Präsident Janukowitsch habe keine Strategie und wolle nur überleben.

Quelle: <<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/regierungsviertel-in-kiew-besetzt-demonstranten-stuerzen-lenin-staue-12700582.html>>

Bis Europa reicht die Sprache nicht

Evgenij Schestakow, *Rossijskaja Gaset*a, 09.12.2013

Nicht die ukrainische Opposition bringt heute die Menschen auf die Straßen Kiews und blockiert staatliche Einrichtungen. Der Hauptakteur hinter den Kulissen der Protestaktionen ist die EU und ihre Institutionen, die mit den Gegnern der jetzigen Machthaber eng verbunden sind. Schon vor Ende des Ministertreffens der OSZE in Kiew liefen die westlichen Teilnehmer – von der stellvertretenden Außenministerin der USA, Victoria Nuland, bis hin zu Repräsen-

tanten aus Osteuropa – auf den Maidan, um den ukrainischen Oppositionellen ihre »heiligen Gesichter« zu zeigen. Und gleichzeitig vor den Kameras als Agitatoren im Dienste europäischer Werte zu posieren. Nuland hatte übrigens zuvor erklärt, dass das Weiße Haus im Jahr 2013 100 Millionen Dollar zur Unterstützung der ukrainischen Demokratie bereitgestellt habe und hatte den Anhängern der Europäischen Integration auch für das kommende Jahr nicht weniger versprochen.

Auf dem Maidan trat auch der pensionierte Präsident Georgiens, Mikhail Saakashvili, auf. Man begrüßte ihn freundlich, doch hätte man ihn eigentlich mit Schande davonjagen müssen. Die ukrainischen Oppositionellen hatten offenbar die Demonstration vergessen, die vor einigen Jahren in Tiflis stattfand. Damals waren hunderte Menschen auf einer friedlichen Demonstration bei einer Aktion von Spezialeinheiten der Polizei unter direktem Kommando Saakashvilis verletzt worden. Doch die dem Recht und der Freiheit verpflichteten EU-Kommissare hatten den georgischen Oppositionellen Rechtsbruch vorgeworfen und zusammen mit dem offiziellen Tiflis in den Protesten die »Hand Moskaus« ausgemacht.

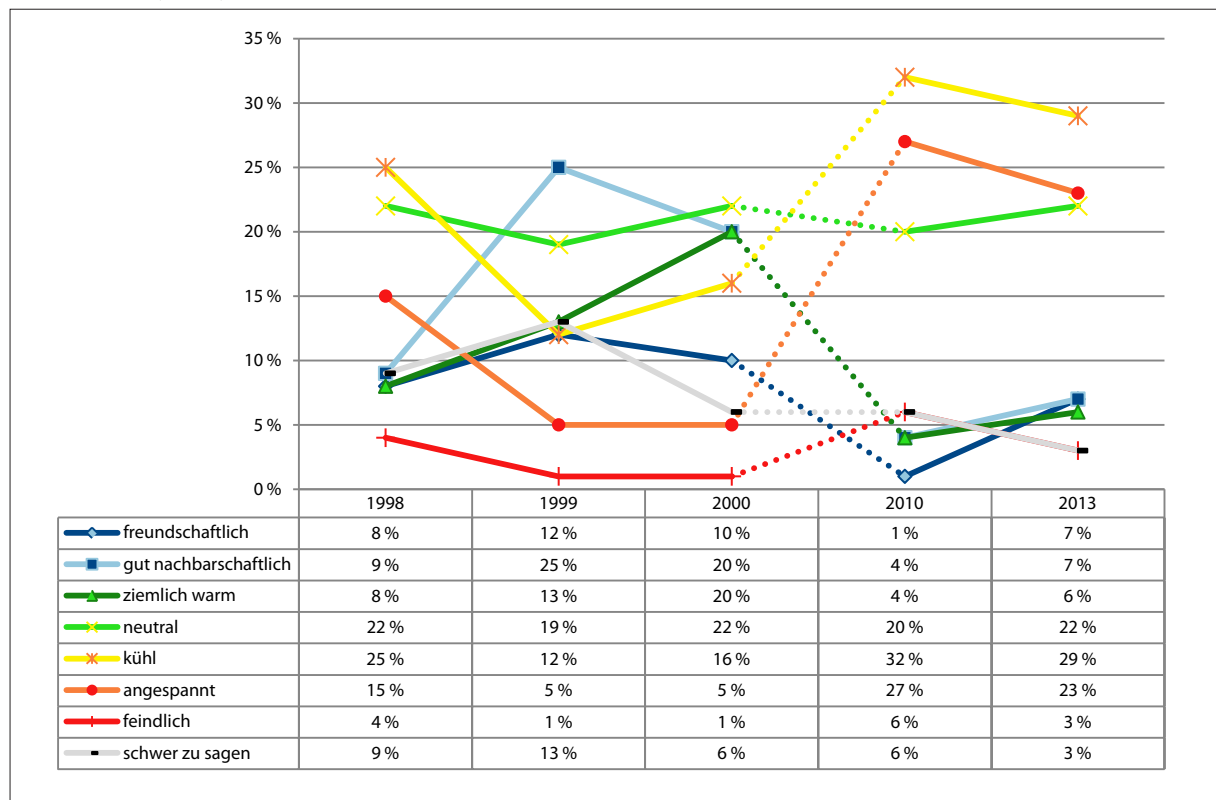
Quelle: <<http://www.rg.ru/2013/12/08/kiiev-site.html>>

Zusammengestellt von Katerina Malygina und Jan Matti Dollbaum
Übersetzt von Jan Matti Dollbaum

UMFRAGE

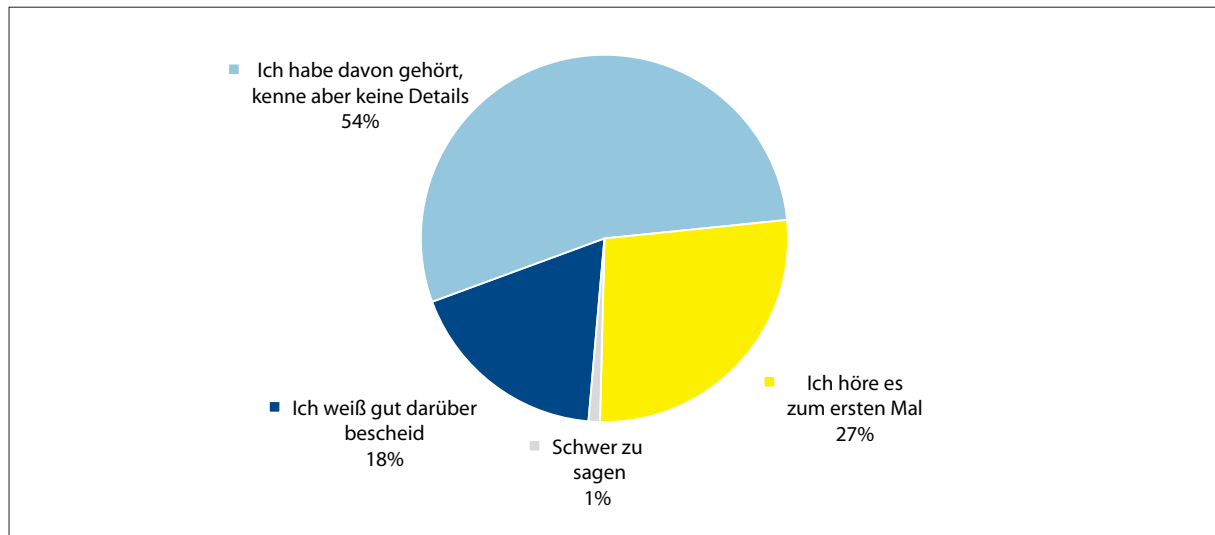
Zum Russisch-Ukrainischen Verhältnis aus Sicht der russischen Bevölkerung

Grafik 1: Wie schätzen Sie die heutigen Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine ein? (in %)



Quelle: Repräsentative Umfrage des WZIAM, Frage zu 2013 vom 24./25. November 2013, <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114634>>

Grafik 2: Wissen Sie darüber bescheid, oder hören Sie heute zum ersten Mal davon, dass die Ukraine plant, mit der EU ein Abkommen über eine Assoziation und die Schaffung einer Freihandelszone zu unterzeichnen? (in %)



Quelle: Repräsentative Umfrage des WZIOM vom 24./25. November 2013, <<http://wciom.ru/index.php?id=459&cuid=114634>>

Tabelle 1: Denken Sie, dass die Unterzeichnung eines solchen Abkommens zwischen der EU und der Ukraine die Beziehungen Russlands und der Ukraine verändern wird? (offene Frage, in %)

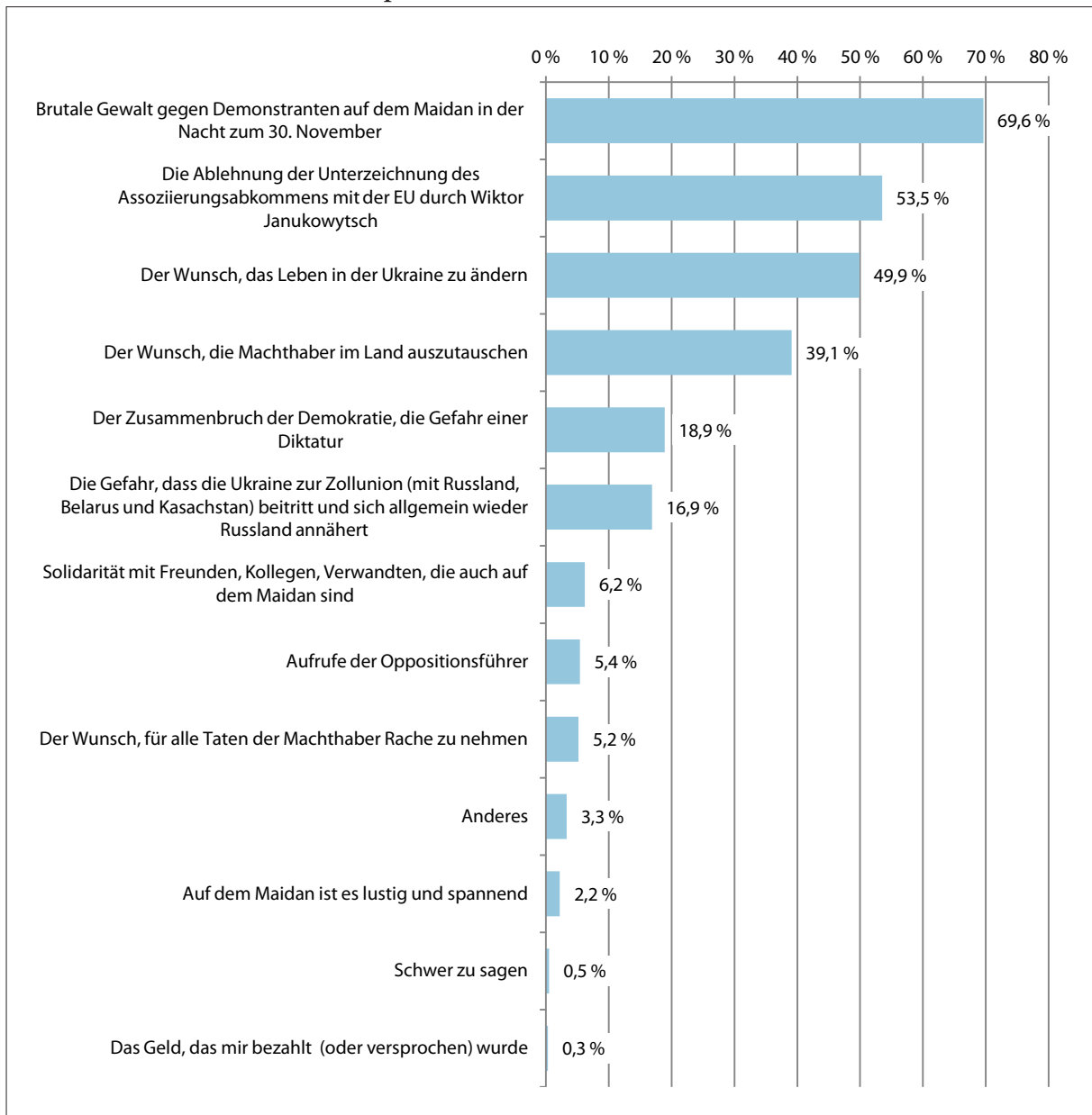
Überhaupt kein Einfluss	42 %
Die Beziehungen werden angespannter	26 %
Die Handelsbeziehungen werden zerstört	3 %
Es gibt einen positiven Einfluss	2 %
Russland wird die Gaslieferungen einstellen	1 %
Die Grenzen werden geschlossen	1 %
Die Ukraine wird den Vertrag nicht unterzeichnen	1 %
Die Ukraine wird beginnen, der EU zu gehorchen	1 %
Alles wird von den Politikern abhängen	1 %
Schwer zu sagen	22 %

Anmerkung: offene Frage, eigene Antworten

Quelle: Repräsentative Umfrage des WZIOM vom 24./25. November 2013, <<http://wciom.ru/index.php?id=459&cuid=114634>>

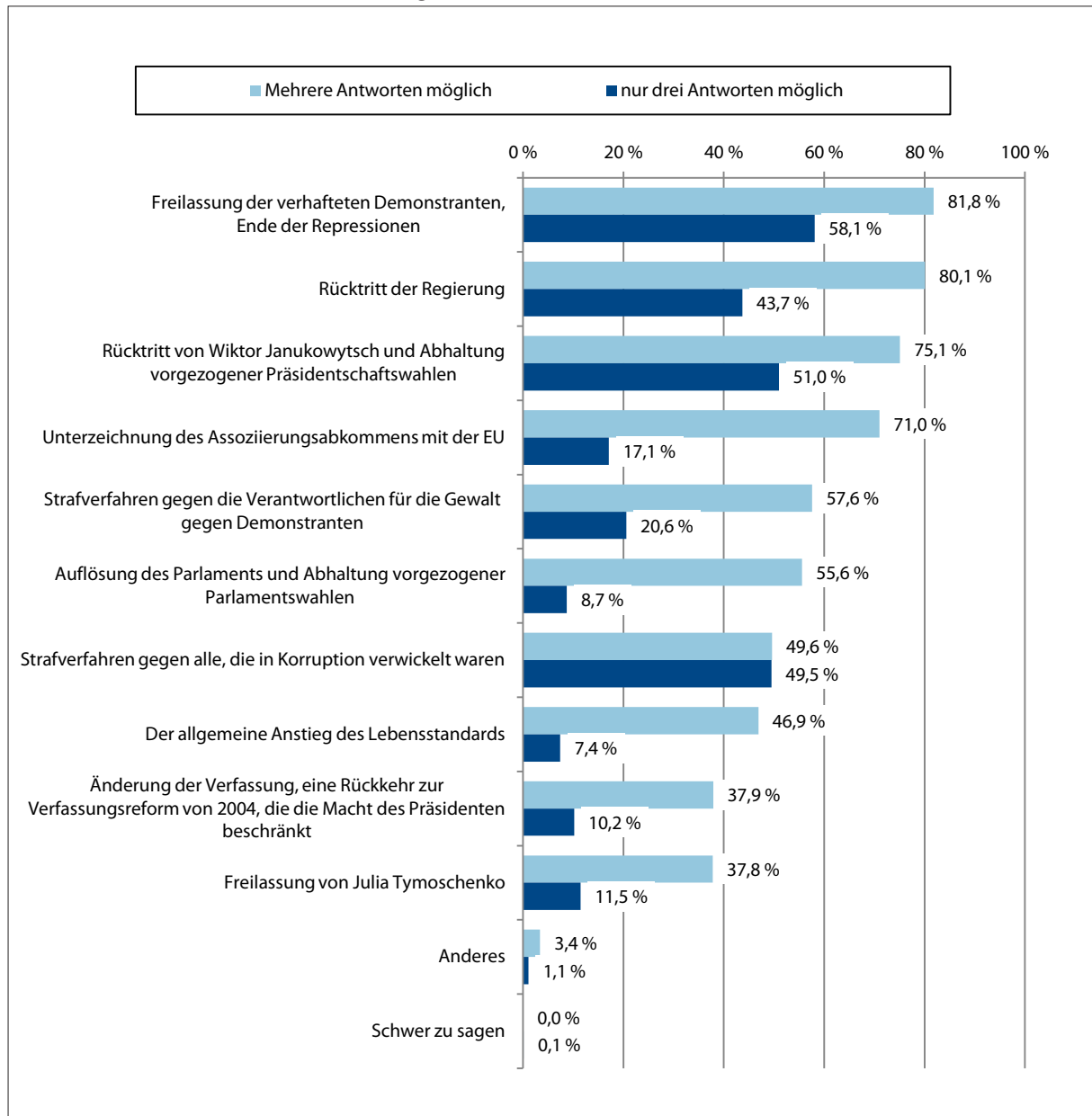
Die Protestierenden auf dem Maidan

Grafik 1: Was war Ihre Motivation, zum Maidan zu kommen?
(nicht mehr als 3 Hauptursachen, in %)



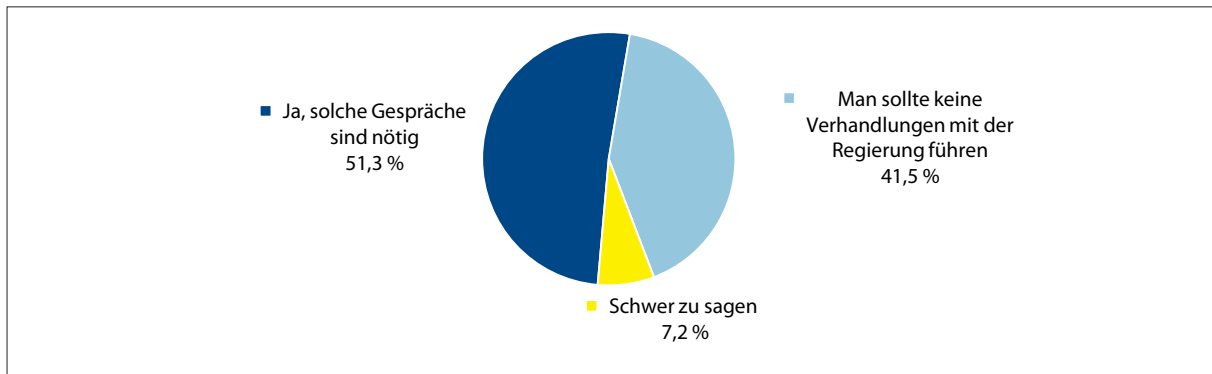
Quelle: Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen, zusammen mit dem Kiewer internationaler Institut für Soziologie, KMIS, vom 7. und 8.12.2013. Insgesamt wurde 1.037 Teilnehmer der Demonstrationen auf dem Maidan befragt (Zufallsstichprobe) <<http://www.dif.org.ua/ua/events/gvkrigkaeths.htm>>

Grafik 2: Welche Forderungen, die auf dem Maidan verlautbart wurden, unterstützen Sie? (Mehrere Antworten möglich, in %)



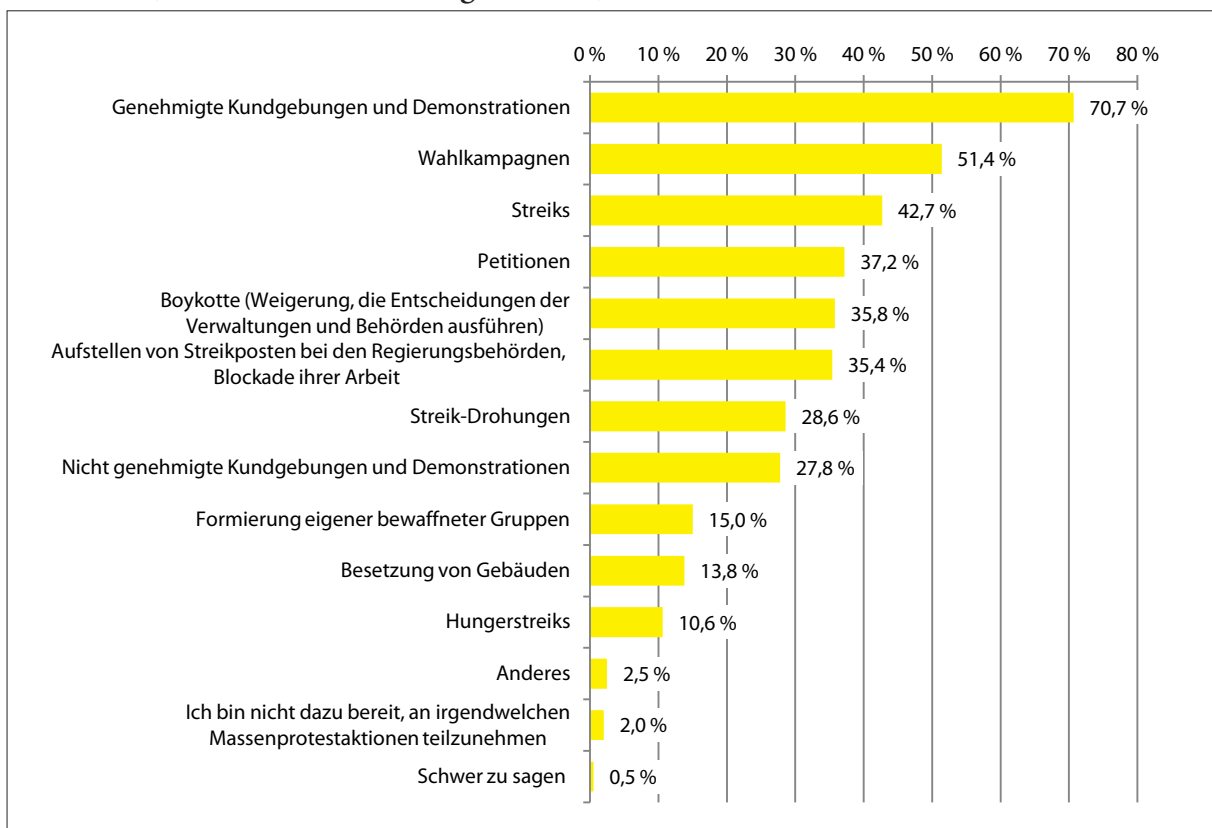
Quelle: Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen, zusammen mit dem Kiewer internationaler Institut für Soziologie, KMIS, vom 7. und 8.12.2013. Insgesamt wurde 1.037 Teilnehmer der Demonstrationen auf dem Maidan befragt (Zufallsstichprobe) <<http://www.dif.org.ua/ua/events/gvkrllgkaeths.htm>>

Grafik 3: Sind Sie mit dem Vorschlag über Verhandlungen am Runden Tisch mit Regierung, Opposition und Zivilgesellschaft unter Vermittlung von internationalen Organisationen einverstanden? (in %)



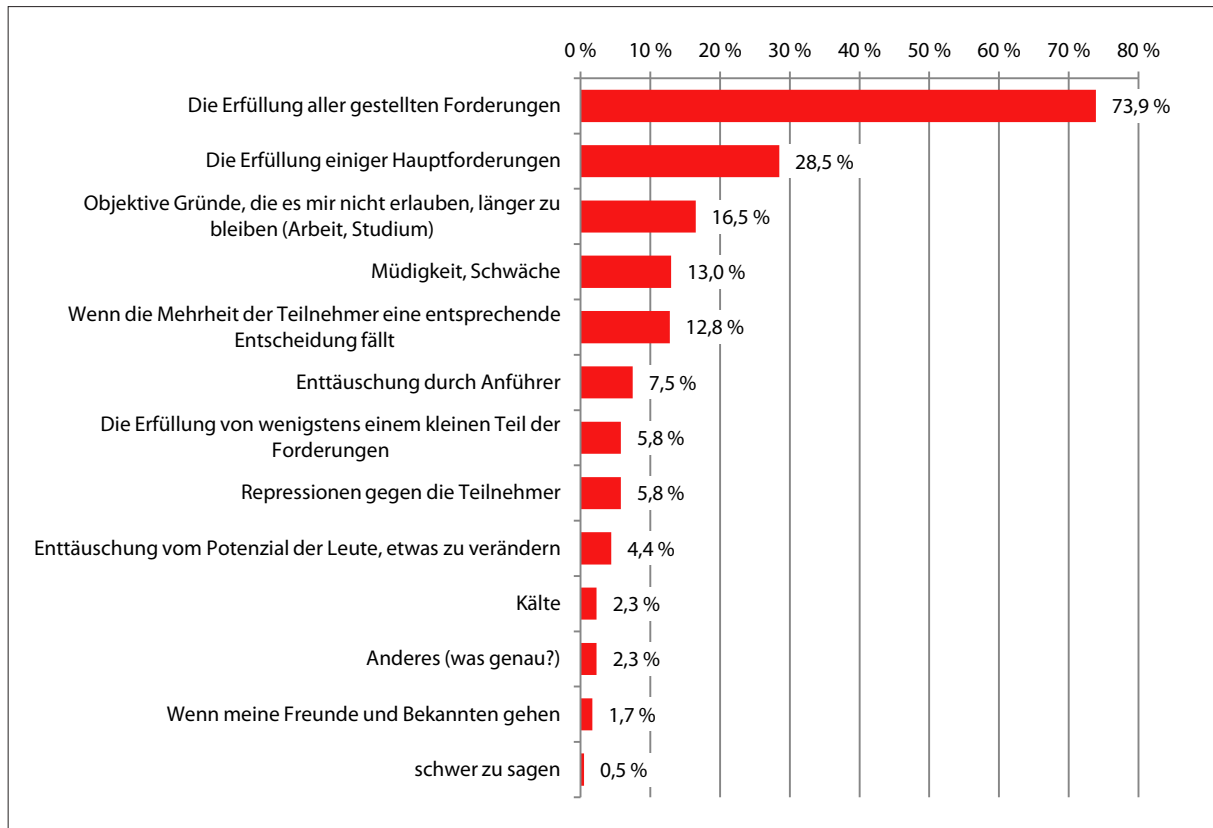
Quelle: Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen, zusammen mit dem Kiewer internationaler Institut für Soziologie, KMIS, vom 7. und 8.12.2013. Insgesamt wurde 1.037 Teilnehmer der Demonstrationen auf dem Maidan befragt (Zufallsstichprobe) <<http://www.dif.org.ua/ua/events/gvkrigkaeths.htm>>

Grafik 4: An welchen sozialen Protestaktionen würden Sie persönlich teilnehmen? (Mehrere Antworten möglich, in %)



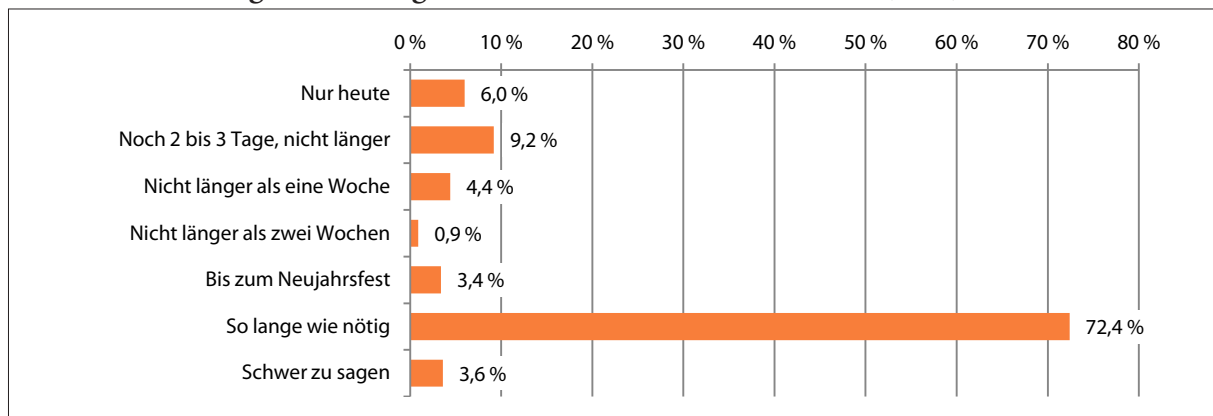
Quelle: Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen, zusammen mit dem Kiewer internationaler Institut für Soziologie, KMIS, vom 7. und 8.12.2013. Insgesamt wurde 1.037 Teilnehmer der Demonstrationen auf dem Maidan befragt (Zufallsstichprobe) <<http://www.dif.org.ua/ua/events/gvkrigkaeths.htm>>

Grafik 5: Was könnte Sie dazu bewegen, den Maidan zu verlassen?
(Nicht mehr als drei Antworten, in %)

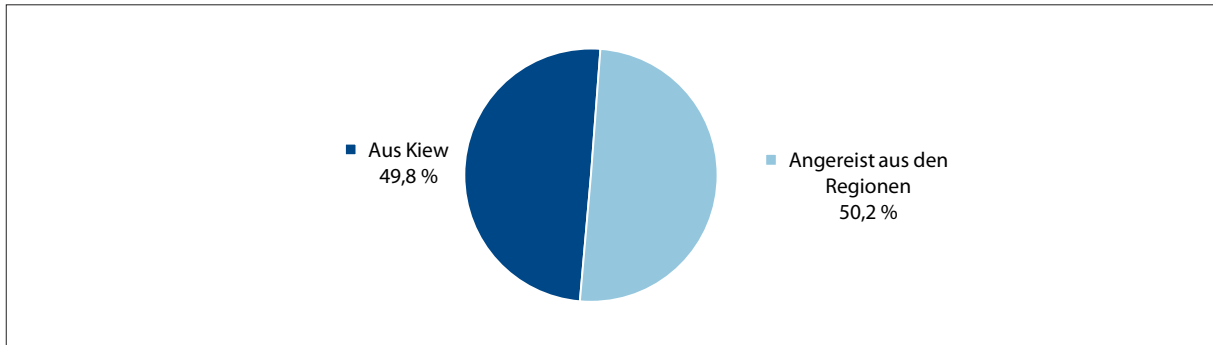


Quelle: Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen, zusammen mit dem Kiewer internationaler Institut für Soziologie, KMIS, vom 7. und 8.12.2013. Insgesamt wurde 1.037 Teilnehmer der Demonstrationen auf dem Maidan befragt (Zufallsstichprobe) <<http://www.dif.org.ua/ua/events/gvkrigkaeths.htm>>

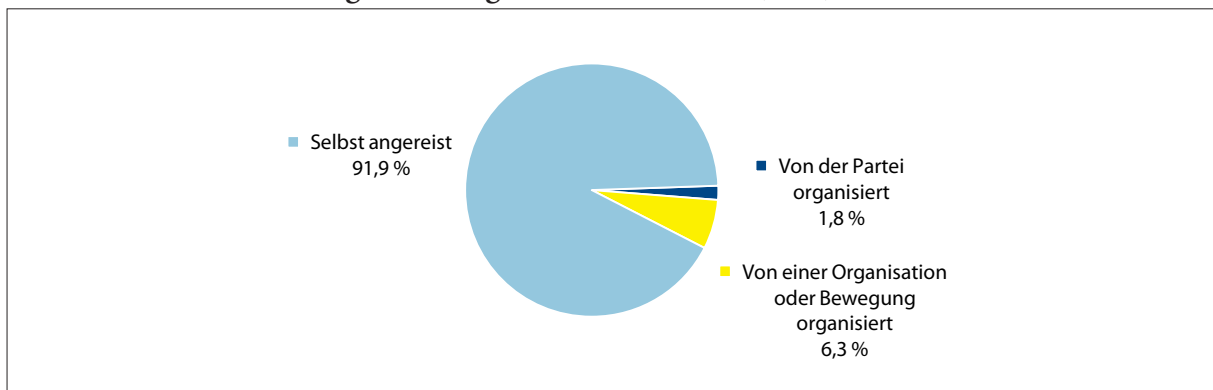
Grafik 6: Wie lange beabsichtigen Sie, auf dem Maidan zu bleiben? (in %)



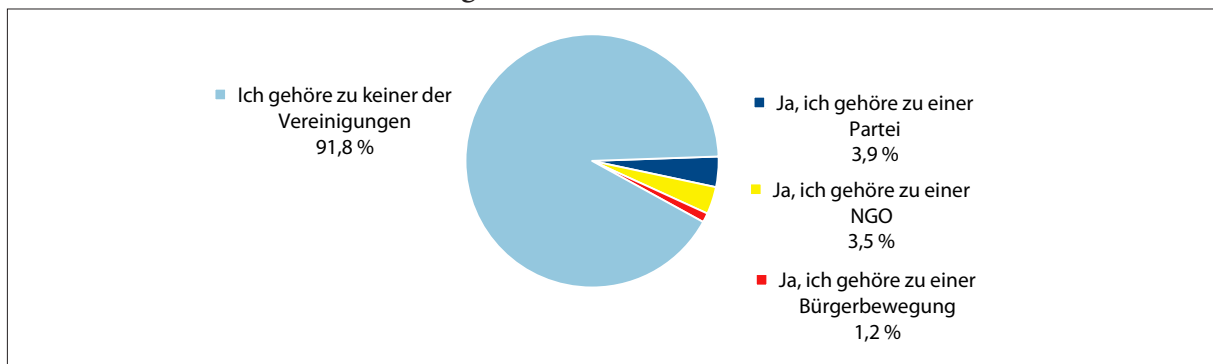
Quelle: Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen, zusammen mit dem Kiewer internationaler Institut für Soziologie, KMIS, vom 7. und 8.12.2013. Insgesamt wurde 1.037 Teilnehmer der Demonstrationen auf dem Maidan befragt (Zufallsstichprobe) <<http://www.dif.org.ua/ua/events/gvkrigkaeths.htm>>

Grafik 7: Woher kommen Sie? (in %)

Quelle: Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen, zusammen mit dem Kiewer internationaler Institut für Soziologie, KMIS, vom 7. und 8.12.2013. Insgesamt wurde 1.037 Teilnehmer der Demonstrationen auf dem Maidan befragt (Zufallsstichprobe) <<http://www.dif.org.ua/ua/events/gvkrllgkaeths.htm>>

Grafik 8: Wie sind Sie angereist – organisiert oder allein? (in %)

Quelle: Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen, zusammen mit dem Kiewer internationaler Institut für Soziologie, KMIS, vom 7. und 8.12.2013. Insgesamt wurde 1.037 Teilnehmer der Demonstrationen auf dem Maidan befragt (Zufallsstichprobe) <<http://www.dif.org.ua/ua/events/gvkrllgkaeths.htm>>

Grafik 9: Gehören Sie zu einer der folgenden Vereinigungen? (Mehrere Antworten möglich, in %)

Quelle: Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen, zusammen mit dem Kiewer internationaler Institut für Soziologie, KMIS, vom 7. und 8.12.2013. Insgesamt wurde 1.037 Teilnehmer der Demonstrationen auf dem Maidan befragt (Zufallsstichprobe) <<http://www.dif.org.ua/ua/events/gvkrllgkaeths.htm>>

Vom 25. November bis zum 11. Dezember 2013

25.11.2013	Die inhaftierte ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko tritt aus Protest gegen die Entscheidung der ukrainischen Regierung, die Gespräche über das Assoziationsabkommen mit der EU abzubreaken, in einem unbefristeten Hungerstreik. Sie erklärt, sie wolle Präsident Janukowytsch dazu zwingen, das Abkommen auf dem in dieser Woche stattfindenden Gipfel in Vilnius doch noch zu unterzeichnen.
25.11.2013	In einer Fernsehansprache erklärt Präsident Janukowytsch, dass die Ukraine sich nicht vom Traum der Europäischen Integration verabschiedet habe. Er begründet die Entscheidung, vom Abkommen zurückzutreten, mit wichtigen ökonomischen Erfordernissen, bleibt jedoch unkonkret.
25.11.2013	Arsenij Jazenjuk (Vaterland), Witalij Klitschko (UDAR) und Oleh Tjahnibok (Freiheit) legen im Parlament ein Gesetzesprojekt vor, das die Entlassung der Regierung aufgrund von »Verrat an den nationalen Interessen des Staates« vorsieht.
25.11.2013	Ein Sprecher des EU-Kommissars für Erweiterung, Stefan Füle, erklärt, dass die EU nicht vorhatte, sich mit Russland und der Ukraine auf trilaterale Gespräche einzulassen. Dies hatte Ministerpräsident Asarow vorgeschlagen, als er ankündigte, die Gespräche mit der EU abzubreaken.
26.11.2013	Auf einer Pressekonferenz erwähnt der russische Präsident Wladimir Putin im Zusammenhang mit der verschobenen Assoziierung der Ukraine mit der EU, dass russische Banken massiv Kredite an ukrainische Firmen und Privatpersonen vergeben. Er spricht von insgesamt ca. 30 Milliarden Dollar.
26.11.2013	Ein Kiewer Verwaltungsgericht lehnt die Klage des oppositionellen Abgeordneten Mykolaj Katerintschuk ab. Er hatte am 22. November gegen die Entscheidung, die Gespräche über die Assoziation der Ukraine mit der EU abzubreaken, Klage eingereicht.
27.11.2013	Studierende aus Donezk schicken in einem offenen Brief eine Solidaritätserklärung an die protestierenden Studenten in Lwiw um ein Zeichen gegen die oft postulierte politische Spaltung des Landes zu setzen.
28.11.2013	Der EU-Parlamentarier und ehemalige Präsident Polens, Aleksandr Kwaśniewski, deutet am Vorabend der Unterzeichnungszereemonie beim Gipfel der Östlichen Partnerschaft in Vilnius an, man habe der Ukraine erweiterte Finanzhilfen im Falle einer Unterzeichnung des Assoziationsabkommens angeboten.
29.11.2013	Auf dem Europäischen Platz in Kiew versammeln sich etwa 20.000 Menschen zu einer Demonstration zur Unterstützung der Regierung. Unter den Teilnehmern sind u. a. Studierende, Vertreter verschiedener Verbände und Abgeordnete der Partei der Regionen.
29.11.2013	Auf dem Gipfel der Östlichen Partnerschaft in Vilnius wird das Assoziationsabkommen der EU mit der Ukraine nicht unterzeichnet. Gleichzeitig betonen Vertreter der EU, dass die Bedingungen für eine Unterzeichnung sich nicht ändern werden und dass die Tür der EU für die Ukraine geöffnet bleibe. Präsident Janukowytsch erklärt, dass die Europäische Integration strategisches Ziel der Ukraine bleibe.
29.11.2013	Die Polizei riegelt die Hauptstraße Kiews, den Chreschtschatyk, ab und umstellt den Maidan der Unabhängigkeit mit einer Kette. Dort befinden sich etwa 5000 Protestierende in unmittelbarer Nähe zu Teilnehmern der Unterstützungsdemonstrationen.
30.11.2013	Die Proteste in Kiew eskalieren. Die Spezialeinheit Berkut räumt in der Nacht zum Samstag den Maidan der Unabhängigkeit. Dabei geht sie gewaltsam gegen Demonstranten vor. Nach Angaben der Polizei werden zwölf Polizisten verletzt, 39 Protestierende suchen nach der Räumungsaktion ärztliche Hilfe. Insgesamt gibt es 35 Festnahmen, die Polizei erklärt, von den Demonstranten sei zuerst Gewalt ausgegangen. Ministerpräsident Asarow nennt den Vorfall eine »Provokation«, zeigt sich schockiert und verspricht eine schnelle und gründliche Untersuchung. Auch Präsident Wiktor Janukowytsch äußert sein Bedauern und verspricht rasche Aufklärung.
30.11.2013	Nach der Räumungsaktion auf dem Maidan der Unabhängigkeit flüchten sich einige Demonstranten auf den Michajlow-Platz. Im Laufe des Tages strömen zehntausende Menschen zu einer weiteren Protestkundgebung dorthin.
30.11.2013	Die organisierte ukrainische Diaspora verlangt von den USA, Sanktionen gegen die ukrainische Regierung zu verhängen.
01.12.2013	Die Proteste kehren auf den Maidan der Unabhängigkeit zurück. Mehrere Hunderttausend Menschen versammeln sich.
01.12.2013	Bei einer gleichzeitig stattfindenden Demonstration an der Präsidentenresidenz in der Bankowa-Straße bricht erneut Gewalt aus. Demonstranten steuern einen Bagger auf die Reihen der Polizei, Steine werden geworfen, die Polizei setzt Tränengas und Schlagstöcke ein. In den folgenden Tagen werden neun Menschen verhaftet, denen die Anstiftung zur Gewalt vorgeworfen wird.
01.12.2013	Ein Kiewer Verwaltungsgericht verbietet öffentliche Protestaktionen in der Stadt bis zum 07. Januar 2014 – die Orte der Massendemonstrationen (Maidan der Unabhängigkeit und der Michajlow-Platz) bleiben vom Verbot ausgenommen.
01.12.2013	Michail Rudkowskij, Abgeordneter der Partei der Regionen, tritt aus der Fraktion aus. Als Grund gibt er den nach seiner Ansicht »beschämenden« Einsatz von Gewalt gegen Demonstrierende auf dem Maidan an. Es ist der dritte Austritt aus der Fraktion der Regierungspartei innerhalb weniger Tage.
02.12.2013	Wolodymyr Melnitschenko tritt wegen des Polizeieinsatzes auf dem Maidan am vorvergangenen Abend aus der Fraktion der Partei der Regionen aus.

02.12.2013	Eine Gruppe Demonstrierender zieht zum Gebäude, in dem das Ministerkabinett tagt und blockiert die Eingänge. Auch das Gebäude der Kiewer Stadtverwaltung ist besetzt. Am Eingang findet sich die angesprühte Inschrift »Hauptquartier der Revolution«.
02.12.2013	In Iwano-Frankiwsk wird das Gebäude der Stadtverwaltung besetzt. Die Demonstranten fordern die Absetzung des Bürgermeisters Oleksandr Sin und den Rücktritt der Regierung.
02.12.2013	In Iwano-Frankiwsk, Lwiw und Ternopil beginnen Generalstreiks zur Unterstützung der Demonstrationen in Kiew und anderen Städten.
02.12.2013	Im Parlament wird ein Misstrauensantrag gegen die Regierung vorbereitet.
03.12.2013	Präsident Wiktor Janukowytsch erklärt, dass die Gespräche mit der russischen Führung über ein neues strategisches Abkommen bereits in dieser Woche beginnen sollen. Nach Angaben des Präsidenten geht es dabei um eine Erhöhung des Abnahmevolument russischen Gases unter der Bedingung, dass die Preise gesenkt werden.
03.12.2013	Die Partei der Regionen verkündet bei einer öffentlichen Veranstaltung in Kiew den Beginn einer landesweiten Unterstützungskampagne für Präsident Janukowytsch.
03.12.2013	Vor der Abstimmung im Parlament über das Misstrauensvotum gegen die Regierung erklärt Ministerpräsident Mykola Asarow, dass die Ereignisse um die Zerschlagung einer friedlichen Demonstration Personaländerung innerhalb des Kabinetts nach sich ziehen würden. Der Misstrauensantrag wird vom Parlament abgelehnt, wobei ein Abgeordneter der Partei der Regionen und 17 fraktionslose Abgeordnete gemeinsam mit der Opposition abstimmen.
04.12.2013	Nach Informationen der Zeitung »Ukrainska Prawda« hat das Innenministerium von der Nationalen Schewtschenko-Universität eine Liste mit Namen derjenigen Studenten und Mitarbeiter angefordert, die sich an den Demonstrationen und Protestaktionen beteiligt haben. Die Schewtschenko-Universität gilt als Ausbildungsstätte zukünftiger hoher Staatsbeamter.
04.12.2013	Präsident Wiktor Janukowytsch hält sich zu Gesprächen über wirtschaftliche Zusammenarbeit in China auf. Er drückt seine Hoffnung auf eine »effektive, interregionale Zusammenarbeit« aus.
04.12.2013	Die Opposition blockiert das Parlament, woraufhin Parlamentssprecher Wolodymyr Rybak die Sitzung schließt.
04.12.2013	Nach Auskunft des Innenministeriums sind mittlerweile insgesamt 53 Verfahren gegen Teilnehmer verschiedener Protestaktionen eröffnet worden. Ihnen wird »Hooliganismus«, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Drohungen oder Gewalt gegen Angehörige der Polizei vorgeworfen. Innenminister Witalij Sachartschenko ruft die Polizei dazu auf, keine Gewalt gegen friedliche Demonstranten einzusetzen.
04.12.2013	Nach Treffen mit Vertretern der Oppositionsparteien Vaterland und UDAR besucht Bundesaußenminister Guido Westerwelle auch die Demonstration auf dem Maidan der Unabhängigkeit.
05.12.2013	Der Vorsteher der Kiewer Abteilung des Innenministeriums, Walerij Masan, erteilt den Besetzern des Gebäudes der Kiewer Stadtverwaltung ein Ultimatum von fünf Tagen. Nach Ablauf der Frist sei die Polizei gezwungen, die Gerichtsentscheidung durchzusetzen. Zuvor hatte ein Gericht die Besetzungen mehrerer Gebäude für unzulässig erklärt. Unter anderem sind die Gebäude der Kiewer Stadtverwaltung und das Gewerkschaftshaus an der Hauptstraße Chreschtschatyk besetzt.
05.12.2013	In Warschau wird auf Initiative der Oberbürgermeisterin Hanna Gronkiewicz-Waltz das höchste Gebäude des Landes für mehrere Stunden in den ukrainischen Nationalfarben blau und gelb angestrahlt. Polen solidarisiere sich so mit den Anliegen der Demonstranten. Polnische Journalisten beginnen am folgenden Tag eine Kampagne für die Aufhebung der Visumpflicht für ukrainische Staatsbürger.
05.12.2013	Achtem Tschijgos, stellvertretender Vorsitzender des Medschlis, der Vertretung der Krimtataren, berichtet, dass sich auf der Krim Gruppen von Krimtataren zusammenfänden, um zu den Protesten nach Kiew zu reisen.
06.12.2013	Die Chefs der drei parlamentarischen Oppositionsparteien Arsenij Jazenjuk, Witalij Klitschko und Oleh Tjahnibok, wenden sich an US-Präsident Barack Obama mit der Bitte um Sanktionen gegen die Regierung von Präsident Wiktor Janukowytsch.
06.12.2013	Das Zentrale Wahlkomitee stricht Wiktor Romanjuk von der Liste der Kandidaten für Nachwahlen im so genannten »Problemwahlkreis« Nr. 94. Romanjuk war als Kandidat für die vereinigte Opposition angetreten.
06.12.2013	Die Opposition gibt die Blockade des Parlaments auf. Sie hatte knapp zwei Tage angedauert.
06.12.2013	Die inhaftierte ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko, beendet ihren Hungerstreik, in den sie am 25. November eingetreten war, um Präsident Wiktor Janukowytsch zur Unterzeichnung des Assoziationsabkommens zu zwingen.
07.12.2013	Unter Berufung auf Eduard Lukas, Redakteur beim Economist, berichtet die Zeitung »Ukrainska Prawda«, dass Präsident Janukowytsch bei einem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin ein Abkommen unterzeichnet habe, dass die Ukraine in die Zollunion führen solle. Die Pressestelle des russischen Präsidenten verneint diese Information. Ministerpräsident Mykola Asarow erklärt unterdessen, beide hätten einen Plan ausgearbeitet, wie die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland vollkommen rehabilitiert werden könne.

08.12.2013	Zum angekündigten »Marsch der Millionen« finden sich mehrere Hunderttausend Menschen im Zentrum Kiews ein. Protestkundgebungen finden sowohl auf dem Maidan der Unabhängigkeit als auch im gesamten Regierungsviertel statt, das die Opposition mit Barrikaden abzuriegeln versucht. Vor dem Gebäude des Ministerkabinetts werden Armeezelte errichtet; man bereitet sich auf eine anhaltende Blockade vor.
08.12.2013	Die Hohe Repräsentantin der EU, Catherine Ashton, kündigt einen Besuch in Kiew an, um zu helfen, »Auswege aus der politischen Krise« zu finden. Unterdessen telefoniert Präsident Wiktor Janukowytsch mit UN-Generalsekretär Ban Ki Moon und EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso.
08.12.2013	Die Tochter der inhaftierten ehemaligen Ministerpräsidentin Julia Tymoschenko verliert auf dem Maidan der Unabhängigkeit eine Erklärung ihrer Mutter, in der sie die Protestierenden zum Durchhalten aufruft und dazu rät, nicht mit Repräsentanten der Regierung zu kooperieren.
08.12.2013	Aktivisten u. a. der nationalistischen Partei Freiheit stürzen im Stadtzentrum Kiews ein Lenindenkmal vom Sockel und beschädigen die Statue schwer.
09.12.2013	In der Kiewer Innenstadt werden Spezialeinheiten der Polizei zusammengezogen, auch Angehörige der Einheit Berkut. Sie beginnen damit, Barrikaden der Protestierenden im Regierungsviertel abzubauen. Es kommt nicht zu Ausschreitungen.
09.12.2013	In der Nacht auf den 10. Dezember wird Berichten zufolge das Kiewer Büro der Oppositionspartei Vaterland von Spezialeinheiten gestürmt, Computer werden beschlagnahmt.
10.12.2013	Der Polizei gelingt es, Lager der Opposition zu demontieren und das zuvor besetzte Regierungsviertel wieder zu öffnen. Durch Abschalten der Elektrizität in den besetzten Verwaltungsgebäuden wird versucht, die Demonstrierenden zum Aufgeben zu zwingen. Die Demonstranten im Gebäude der Stadtverwaltung weigern sich jedoch, das Gebäude zu verlassen.
10.12.2013	Berichten der Opposition zufolge gibt es bei der Demontage eines Postens der Demonstranten einen Zusammenstoß mit der Polizei, bei dem zehn Menschen zu Schaden kommen.
10.12.2013	Etwa 150 Menschen blockieren in Kiew die Eingänge des Gebäudes der EU-Vertretung.
10.12.2013	Präsident Wiktor Janukowytsch trifft sich mit den drei ehemaligen Präsidenten der Ukraine, Wiktor Juschtschenko, Leonid Kutschma und Leonid Krawtschuk, um die Lage zu besprechen. Krawtschuk macht den Vorschlag eines Runden Tisches mit Vertretern der Opposition und der Zivilgesellschaft.
10.12.2013	Das russische Unterhaus, die Staatsduma, verurteilt in einer Resolution die Tätigkeit der Opposition in der Ukraine und ruft dazu auf, die »ungesetzlichen« Aktionen zu beenden. Westliche Politiker werden außerdem dazu aufgerufen, den Druck auf die ukrainischen Entscheidungsträger einzustellen und sich nicht in die Angelegenheiten der Ukraine einzumischen.
10.12.2013	Präsident Wiktor Janukowytsch trifft sich mit der Hohen Repräsentantin für Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Catherine Ashton.
11.12.2013	In den frühen Morgenstunden stürmen Polizeieinheiten das Gebäude der Kiewer Stadtverwaltung und treiben Demonstranten auf dem Maidan auseinander. Die Polizei setzt Schlagstöcke ein. Zuvor waren Zufahrtsstraßen und die Ringautobahn abgeriegelt worden.

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Ukraine-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Jan Matti Dollbaum

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2013 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de